

UNTERRICHTUNG

**durch die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Jahresbericht 2014

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Einleitung	3
2. Beratung	7
2.1 Bürgerberatung	10
2.2 Beratung öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen	16
3. Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“	17
4. Politisch-historische Aufarbeitung	20
4.1 Forschungsprojekte	20
4.2 Veröffentlichungen	22
4.3 Veranstaltungen	22
4.4 Grenzradtour „Mit dem Rad die Geschichte der deutschen Teilung erfahren“	23
4.5 Ausstellungen	24
4.6 Ausstellung „Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 - 1956“	26
5. Zusammenarbeit	28
6. Anhang mit Anlagen, Grafiken und Tabellen	31

1. Einleitung

Die Arbeit der Landesbeauftragten für M-V für die Stasi-Unterlagen stand 2014 thematisch im Zeichen eines historischen Jubiläums: 25 Jahre Friedliche Revolution. Im Herbst 1989 fassten viele Frauen und Männer auch in den ehemaligen drei Nordbezirken der damaligen DDR Mut, mit Kerzen in der Hand für Demokratie und Freiheit zu demonstrieren. In der Folge wurde die Macht der Einheitspartei SED gebrochen und ihre Sicherheitsorgane, darunter das Ministerium für Staatssicherheit, wurden ebenfalls entmachtet. Runde Tische übernahmen die Kontrolle der Verwaltung. Die Bürger des eingemauerten Landes erzwangen die Öffnung der tödlichen Grenze. Sie besetzten die Stasi-Dienststellen, um die Vernichtung der Akten zu stoppen.

Die Landesbeauftragte und ihre Mitarbeiter begleiteten das Gedenken an die Ereignisse von 1989 als Kooperationspartner in zahlreichen Veranstaltungen im Land, wie in Grimmen, Greifswald, Neubrandenburg, Neustrelitz, Rostock, Schlagsdorf, Schwaan, Schwerin und Stralsund.

Ein anderer inhaltlicher und organisatorischer Schwerpunkt des Jahres war die von der Landesbeauftragten präsentierte Ausstellung „Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 - 1956“ vom 18. Juli bis 24. Oktober 2014 im Marstall Schwerin. Die Idee, diese Ausstellung in Mecklenburg-Vorpommern zu zeigen, hat von Beginn an seitens des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur große Unterstützung erfahren. Mehr als 5.000 Besucher informierten sich über das System der Zwangsarbeits- und Straflager in der Sowjetunion. In einem sehr umfangreichen Begleitprogramm mit zwei Fachtagungen und weiteren Veranstaltungsformaten wurden sehr unterschiedliche Aspekte des Gulag thematisiert. Im Gulag waren auch Tausende Deutsche inhaftiert, von denen viele die schweren, oftmals unmenschlichen Zustände in den Lagern nicht überlebten. In vielen Familien ist das Thema Gulag aufgrund biografischer Bezüge immer noch sehr präsent. Ehemalige Gulag-Häftlinge gehörten nach der Einrichtung der Bürgerberatung bei der Landesbeauftragten Anfang 1994 zu den ersten Ratsuchenden. Viele von ihnen halten - mittlerweile hochbetagt - seit über zwei Jahrzehnten Kontakt zur Behörde. Etliche von ihnen engagieren sich trotz ihres hohen Alters dafür, dass dieses düstere Kapitel der Repressionsgeschichte in der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR nicht in Vergessenheit gerät.

1993 wurde die Behörde des - so die gesetzlich festgelegte offizielle Bezeichnung - „Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“¹ eingerichtet.

¹ § 4 Abs. 4 StUG-AG (Ausführungsgesetz zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR [Stasi-Unterlagen-Gesetz - Ausführungsgesetz - StUG-AG] vom 6. Januar 1993 - <http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.psml?showdoccase=1&st=lr&doc.id=jlr-StUGAGMVrahmen&doc.part=X&doc.origin=bs>)

Die Volkskammer hatte am 24. August 1990 ein „Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit“² verabschiedet, in der für die dezentral in den Ländern zu verwaltenden Sonderarchive Landesbeauftragte zu wählen und entsprechend mit Personal und Sachmitteln auszustatten seien. Nach langer und heftiger Debatte³ wurde am 20. Dezember 1991 im Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG)⁴ eine zentrale Verwaltung durch den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen festgelegt.

Auch nach der 8. Novellierung 2011 blieb der Paragraph 38 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes unverändert, dass zur Unterstützung des Bundesbeauftragten bei seinen Aufgaben die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine Stelle als Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bestimmen könnten. Die Landesbeauftragten sollten Stellung nehmen können zu landesspezifischen Besonderheiten bei der Verwendung der Stasi-Unterlagen. Eine eigene Landesgesetzgebung sollte regeln, dass die Landesbeauftragten Bürger zu Fragen der Akteneinsicht in die Stasi-Unterlagen beraten und nach erfolgter Einsicht eine psycho-soziale Beratung anbieten könnten.⁵

Gemäß dem Stasi-Unterlagen-Ausführungsgesetz des Landes (StUG-AG)⁶ wurde 1994 bei der Landesbeauftragten eine psycho-soziale Beratungsstelle eingerichtet. Seitdem haben weit mehr als 20.000 Bürger dieses Beratungsangebot wahrgenommen. Die Bürgerberatung der Landesbeauftragten bietet neben den Fragen der Akteneinsicht in die Stasi-Unterlagen als einzige Beratungsstelle des Landes kompetente Unterstützung und Begleitung für Betroffene, die ihre Rechte auf Wiedergutmachung und Entschädigung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen wahrnehmen wollen. Die Verwaltung der Stasi-Akten gehört aus den oben geschilderten Gründen nicht zu den Aufgaben der Landesbeauftragten. Die Akten werden zentral vom Bundesbeauftragten in der Zentrale in Berlin und in den ihm unterstellten Außenstellen verwaltet. Dagegen ist der Schwerpunkt der Arbeit der Landesbeauftragten die Beratung sowie die politische und historische Aufarbeitung. Die Bezeichnung als Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ist daher nicht sachgerecht und führt bei vielen Bürgern, aber auch bei Verwaltungen zu Verwechslungen mit der Bundesbehörde.

² Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 58, 7.9.1990, S. 1419-1422 - in: Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/91 (Dokumente - Reihe A). Hg. BStU. Berlin 1995. <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421303631>

³ siehe Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/91 (Dokumente - Reihe A). Hg. BStU. Berlin 1995. <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421303631>

⁴ Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG) vom 20. Dezember 1991 - ebenda S. 308

⁵ § 38 StUG

- http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/Rechtsgrundlagen/StUG/stug_node.html

⁶ § 2 Abs. 4 StUG-AG - <http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.psml?showdoccase=1&st=lr&doc.id=jlr-StUGAGMVrahmen&doc.part=X&doc.origin=bs>

Die Landesbeauftragte berät insbesondere zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, deren Geltungsbereich sich auf den Zeitraum 8. Mai 1945 bis 2. Oktober 1990 und territorial auf das Beitrittsgebiet bezieht. Wesentlicher Bestandteil des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes vom 29.10.1992 war das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz, das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vom 23.06.1994 umfasst das Verwaltungsrechtliche und Berufliche Rehabilitierungsgesetz. In dieser Zeitspanne wurde Repression innerhalb der sowjetischen Besatzungszone und anschließend in der DDR sowohl von der Besatzungsmacht als auch von der SED-Diktatur und ihren Machtapparaten ausgeübt. Insofern ist der Bezug auf das Ministerium für Staatssicherheit (kurz Stasi) und dessen Unterlagen zu kurz gegriffen, um die Aufgaben und Tätigkeiten der Landesbeauftragten treffend zu beschreiben.

Bei der Einrichtung einer adäquaten Landesbeauftragtenbehörde im Bundesland Brandenburg Ende 2009 wurde mit der Aufgabenbeschreibung in der gesetzlichen Grundlage⁷ und der Amtsbezeichnung als Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur den beschriebenen Umständen Rechnung getragen: „Aufgabe des Landesbeauftragten ist die Beratung von Menschen, die von der Verfolgung zur Zeit der sowjetischen Besatzungszone und der DDR unmittelbar und mittelbar betroffen sind, sowie die Vermittlung psychosozialer Betreuung. Dies schließt biografische Bezüge, die vor das Jahr 1945 reichen, mit ein.“⁸ Im Juli 2013 hat der Thüringer Landtag mit dem Gesetz über den Beauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur⁹ diesen Modernisierungsschritt ebenfalls vollzogen. In Sachsen-Anhalt hat im März 2014 die Regierungskoalition eine entsprechende Initiative angekündigt.¹⁰ In Sachsen ist ein entsprechender Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen¹¹ mit Beschluss vom 09.07.2014 vorerst abgelehnt worden. Es wurde aber von Vertretern verschiedener Fraktionen für die neue Legislaturperiode Handlungsbedarf festgestellt.¹²

Die Landesbeauftragte für M-V plädiert daher ebenfalls für eine zeitgemäße Anpassung der Amtsbezeichnung.

2014 waren in der Behörde personelle Veränderungen zu verzeichnen. Die seit August 2013 vakante Stelle in der Bürgerberatung der Landesbeauftragten wurde zum 7. April 2014 mit Frau Charlotte Ortmann neu besetzt. In der Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ übernahm Herr Christian Glüer am 11. August 2014 die Beraterstelle von Herrn Georg Neumann, der die Behörde zum 1. September 2014 verließ. Seit 24. März 2014 absolviert Frau Juliane Peters im Sekretariat der Anlauf- und Beratungsstelle den praktischen Teil ihrer Umschulung zur Verwaltungsfachangestellten.

⁷ Gesetz über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (Brandenburgisches Aufarbeitungsbeauftragtengesetz- BbgAufarbBG) vom 07. Juli 2009 (GVBl.I/09, [Nr. 09], S.190), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2012 (GVBl.I/12, [Nr. 24]) - http://www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.48178.de

⁸ ebenda § 2 Abs. 1

⁹ Gesetz über den Beauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Thüringer Aufarbeitungsbeauftragtengesetz - ThürAufarbBG) vom 3. Juli 2013 - <http://www.thla-thueringen.de/de/tlstu/behoerde/rechtsgrundlage/>

¹⁰ http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/stasi_unterlagen_festakt100_zc-a2551f81_zs-ae30b3e4.html

¹¹ Sächsischer Landtag, 5. Wahlperiode, DRUCKSACHE 5/13914, Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gesetz zur Verbesserung der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Freistaat Sachsen - http://ws.landtag.sachsen.de/images/5_Drs_13914_0_1_1_.pdf

¹² ächsischer Landtag, 5. Wahlperiode, Plenarprotokoll 5/100, S. 10541 ff. - http://ws.landtag.sachsen.de/images/5_PIPr_100_201_1_1_.pdf

Im Berichtszeitraum wurde das Fünfte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR verabschiedet. Erhöht werden damit ab 2015 die Besondere Zuwendung für Haftopfer (sog. Opferrente) und die Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz. Die Landesbeauftragte wurde im Gesetzgebungsprozess durch den Rechtsausschuss des Bundestages als Sachverständige eingeladen und um eine Stellungnahme gebeten.

Die Arbeit der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und Diktaturfolgen als Fürsprecher für die Betroffenen und als Sachverständige bei Gesetzgebung und Gesetzesauslegung wird vom Bundestag und vom Bundesverfassungsgericht geschätzt. Der Deutsche Bundestag zollt in einer EntschlieÙung „all jenen Respekt und Anerkennung, die im Rahmen von Opfernverbänden, von Stiftungen oder als Beauftragte in den Ländern die Opfer der SED-Diktatur über ihre Rechte informieren und sie stark machen, diese Rechte auch vor Behörden und Gerichten durchzusetzen“¹³. Das Bundesverfassungsgericht betont die für die Sachverhaltsermittlung erhebliche Expertise der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und stärkt damit deren Rolle im Rehabilitierungsverfahren.¹⁴

Die drei Berater der Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ konnten wegen der Ausschöpfung des Fonds Ende 2013 erst ab dem 1. September 2014 nach vollzogener Aufstockung durch eine Zwischenfinanzierung von 25 Millionen Euro neue Leistungsvereinbarungen mit Betroffenen schließen. Bis zum Meldeschluss des Fonds zum 30. September 2014 hatten sich im Berichtszeitraum 2.200 Betroffene von DDR-Heimerziehung neu vormerken lassen. Die Anlauf- und Beratungsstelle für M-V ist damit insgesamt für 3.839 Betroffene zuständig.

Die Berufung des Autors Dr. Jürgen Rogge in den Niederdeutsch-Beirat des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V im September 2014 löste eine Debatte aus, ob und wenn, unter welchen Bedingungen, ehemalige hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in Ehrenämter berufen werden sollten. Rogge war 2012 und 2013 im Zusammenhang mit der Gillhoff-Preis-Verleihung wegen seiner früheren Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst in die Kritik geraten.¹⁵

Die Landesbeauftragte Anne Drescher und der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Matthias Brodkorb verständigten sich daher im Oktober 2014 auf Grundsätze, bei deren Einhaltung auch ehemalige offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter des MfS Ehrenämter im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur wahrnehmen können. Voraussetzung hierfür ist gemäß einer im Anhang (Anlage 2) dokumentierten gemeinsamen Erklärung die Bereitschaft ehemaliger Mitarbeiter des MfS, sich kritisch mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Nach Ansicht der Landesbeauftragten sind damit Maßstäbe gefunden worden, die zu einem Standard im Umgang mit ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MfS werden sollten.

¹³ Deutscher Bundestag - 18. Wahlperiode, Drucksache 18/3445, S. 5 - <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/034/1803445.pdf>

¹⁴ BVerfG, 2 BvR 2782/10 vom 24.9.2014, Absatz-Nr. 61- http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20140924_2bvr278210.html

¹⁵ NDR1 Radio MV vom 03.06.2013: Wieder Ärger um den Gillhoff-Preis - <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Wieder-Aerger-um-Gillhoff-Preis,gillhoffpreisrogge109.html>

Begeistert zeigten sich die 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter von 12 bis 78 Jahren, unter ihnen etliche Schüler des Eldenburg-Gymnasiums Lübz, von einer fünftägigen Radtour entlang der innerdeutschen Grenze zwischen Herrnburg und Dömitz. Besonders eindrücklich sei die Verknüpfung von Erlebnispädagogik und historischer Wissensvermittlung über die deutsche Teilung sowie Alltag und Lebenswelt in einer Diktatur gewesen, aber auch der Austausch zwischen den verschiedenen Generationen. Die Anfang Juli 2014 von der Landesbeauftragten, der Landeszentrale für politische Bildung M-V und der Vereinigung für die Opfer des Stalinismus veranstaltete Tour führte über zahlreiche Stationen wie Museen, Gedenkstätten und Erinnerungszeichen. In Gesprächen mit Zeitzeugen über konkrete Schicksale von Grenzbewohnern, Flüchtlingen und Zwangsausgesiedelten wurden die Geschichte der deutschen Teilung und ihre Folgen in der Region anschaulich. Wegen der überaus positiven Resonanz wird auch im Jahr 25 der Deutschen Einheit 2015 eine Radtour in der Grenzregion stattfinden.

2. Beratung

Seit Januar 1994 gibt es in der Behörde der Landesbeauftragten gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz sowie dem Ausführungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern eine Stelle für die Bürgerberatung. In den über zwanzig Jahren wandten sich insgesamt weit mehr als 20.000 Bürger an die Behörde des bzw. der Landesbeauftragten mit ihren Fragen, Problemen und Konflikten, die sich aus der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit ergaben, darunter viele Betroffene im Zusammenhang mit Verfolgung und Repression in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR oder mit der Aufarbeitung und Aufklärung des eigenen Schicksals oder des Schicksals von Angehörigen. Sie alle wurden und werden teilweise über Jahre betreut und bei ihren Rehabilitierungsverfahren begleitet.

Den Landesbeauftragten und ihren Mitarbeitern wurde und wird von den Bürgern und Betroffenen großes Vertrauen entgegengebracht. Viele Ratsuchende berichteten erstmals über ihr Verfolgungsschicksal und belastende Erinnerungen. Die Landesbeauftragte ist weithin als Fürsprecherin für die Belange von Verfolgten der SED-Diktatur und der sowjetischen Besatzungsmacht akzeptiert und anerkannt.

Die Landesbeauftragte berät zu allen Aspekten des Akteneinsichtsverfahrens in die Stasi-Unterlagen und arbeitet insbesondere mit den Außenstellen des Bundesbeauftragten im Land in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin zusammen. Die vom Bundesbeauftragten verwalteten Stasi-Akten sind als Beweismittel in Rehabilitierungsverfahren, für die Überprüfung von Abgeordneten und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst, aber natürlich auch für die Aufklärung des Einflusses der Stasi auf das Leben von Menschen nach wie vor von großer Bedeutung.

Die Landesbeauftragte berät neben der Antragstellung und zu Fragen nach der Akteneinsicht zu Rehabilitierungsverfahren und Entschädigungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen wie dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen oder Beruflichen Rehabilitierungsgesetz sowie dem Häftlingshilfegesetz. Für Betroffene, die heute noch unter den Folgen der Heimerziehung in der DDR leiden, ist seit Juli 2012 bei der Landesbeauftragten die Anlauf- und Beratungsstelle M-V für den Fonds „Heimerziehung in der DDR“ eingerichtet worden. (Hierzu wird in einem eigenen Kapitel berichtet - siehe: 3. Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“, S. 16.) Weiterhin unterstützt die Landesbeauftragte bei Archivrecherchen nach Unterlagen aus der Zeit der sowjetischen Besatzungszone und der DDR sowie bei der Recherche nach Familienangehörigen, die nach 1945 vermutlich Opfer politischer Verfolgung wurden.

Fünftes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR

Im Berichtszeitraum setzte die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag Ende 2013 vereinbarte Erhöhung der „monatlichen Zuwendungen für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR (SED-Opferrente)“¹⁶ um. Im Mai 2014 wurde ein Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) vorgelegt, dem am 01.10.2014 das Bundeskabinett zustimmte. Eingebracht wurde neben der Erhöhung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer auch eine Erhöhung der Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitationsgesetz. Am 07.11.2014 stimmte der Bundesrat dem Entwurf zu. Zur Begrenzung des Verwaltungsaufwands schlug der Bundesrat ergänzend vor, die Erhöhung möglichst von Amts wegen ohne neuen Antrag und ohne neue Bescheiderteilung vorzunehmen. Am 14.11.2014 überwies der Bundestag nach erster Beratung die Gesetzesvorlage in die Ausschüsse.

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Bundestages führte am 24.11.2014 ein erweitertes Berichterstattegespräch zu dem Gesetzentwurf durch, zu dem Sachverständige eingeladen und zu einer Stellungnahme gebeten wurden. Der Stellvertretende Landesbeauftragte Burkhard Bley nahm an dem Gespräch teil und gab die im Anhang (Anlage 1, S. 29) dokumentierte Stellungnahme ab. Als weitere Sachverständige waren die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Anna Kaminsky, der 1. Vorsitzende des Fördervereins Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen e. V. Dr. Jörg Kürschner, der Bürgerberater des Berliner Landesbeauftragten Jens Planer-Friedrich und der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) sowie der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Rainer Wagner geladen.

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfahl am 03.12.2014 den Abgeordneten, dem Entwurf der Bundesregierung in der vom Bundesrat geänderten Fassung zuzustimmen und eine EntschlieÙung anzunehmen.

Am 04.12.2014 nahm der Bundestag einstimmig den Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschusses und eine EntschlieÙung an.¹⁷ Die Erhöhung des Höchstbetrags der Besonderen Zuwendung für Haftopfer (§ 17a StrRehaG) von 250 auf 300 Euro und der Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitationsgesetz (BerRehaG § 8) von 184 auf 214 bzw. für Verfolgte, die Rente aus gesetzlicher Rentenversicherung aus eigener Versicherung beziehen, von 123 auf 153 Euro wurden damit zum Januar 2015 beschlossen.

In der EntschlieÙung fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf,

- „1. darauf hinzuwirken, dass die Länder im Rahmen der Rehabilitierungsgesetze den Antragstellern auf eigenen Wunsch mündliche Anhörungen einräumen,
2. auch zukünftig die Kräfte und Ideen von Bund und Ländern im Interesse von haftgeschädigten SED-Opfern zu bündeln. In diesem Zusammenhang sollte auch der Vorschlag des Landes Thüringen geprüft werden, dass die Länder einen ‚Gutachterpool‘ einrichten, in dem besonders geschulte und zertifizierte Gutachter erfasst sind, die die Spezifik der Haftfolgeschäden ehemaliger politischer Häftlinge kennen und sowohl die notwendige Sachkenntnis im Umgang mit traumatisierten SED-Opfern als auch die Kenntnis vom Repressionssystem in der SBZ/DDR haben.

¹⁶ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 150 -

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf

¹⁷ <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/625/62526.html>

3. rechtzeitig in Abstimmung mit den Ländern zu prüfen, ob die Frist nach § 7 Abs. 1 StrRehaG im Interesse der Opfer ganz gestrichen werden kann.“ Anträge nach dem Strafrechtlichen, Beruflichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz können nach geltender Rechtslage bis 31.12.2019 gestellt werden.

An anderer Stelle zollt der Deutsche Bundestag „all jenen Respekt und Anerkennung, die im Rahmen von Opferverbänden, von Stiftungen oder als Beauftragte in den Ländern die Opfer der SED-Diktatur über ihre Rechte informieren und sie stark machen, diese Rechte auch vor Behörden und Gerichten durchzusetzen. Diesen vielen Helfern gebührt Dank für ihr Engagement, die oftmals traumatisierten politischen Häftlinge in dieser Weise zu unterstützen.“¹⁸

Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. September 2014 - 2 BvR 2782/10 stärkt Rolle der Landesbeauftragten im Strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren

Das Bundesverfassungsgericht hatte die Verfassungsbeschwerde eines Betroffenen angenommen, dessen Antrag auf Strafrechtliche Rehabilitierung wegen der Anordnung einer Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche sowohl vom Landgericht Magdeburg 2007 als auch in der Beschwerde vom Oberlandesgericht Naumburg 2011 abgelehnt worden war. Das Bundesverfassungsgericht rügte in seiner Entscheidung die unzureichenden Sachverhaltsermittlungen, hob die Ablehnung auf und verwies das Verfahren zur erneuten Entscheidung zurück.¹⁹

„Das Gericht hat von sich aus - im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens - die zur Aufklärung des Sachverhalts notwendigen Maßnahmen zu treffen. Es hat - unterstützt von der Staatsanwaltschaft und durch die in § 10 Abs. 2 StrRehaG normierte Mitwirkungspflicht des Antragstellers - sämtliche Erkenntnisquellen zu verwenden, die erfahrungsgemäß dazu führen können, die Angaben eines Betroffenen zu bestätigen ...

Hält sich ein Rehabilitierungsgericht an die Tatsachenfeststellungen der Gerichte (oder Behörden) der ehemaligen DDR für gebunden, so verweigert es dem Betroffenen die von Rechtsstaats wegen geforderte Überprüfung erheblicher Tatsachen und verfehlt damit schlechterdings das vom Gesetzgeber verfolgte Ziel, zur Rehabilitierung politisch (Straf-)Verfolgter die fortdauernde Wirksamkeit von Urteilen dieser Gerichte (oder Entscheidungen dieser Behörden) zu durchbrechen.“²⁰

Das Bundesverfassungsgericht betont die für die Sachverhaltsermittlung erhebliche Expertise der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und stärkt damit deren Rolle im Rehabilitierungsverfahren:

„Wenn das Oberlandesgericht schließlich - wie vom Beschwerdeführer in der Beschwerdeschrift beantragt - zur Klärung der Rolle der Jugendhilfe den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik angehört hätte, hätte es möglicherweise die auch von dem Thüringer Oberlandesgericht seiner Entscheidung vom 7. Mai 2013 (1 Ws Reha 3/13 , juris, Rn. 21) hinsichtlich einer Heimeinweisung im Jahr 1961 zugrunde gelegten Erkenntnisse gewinnen können.

¹⁸ Deutscher Bundestag - 18. Wahlperiode, Drucksache 18/3445, S. 5 - <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/034/1803445.pdf>

¹⁹ BVerfG, 2 BvR 2782/10 vom 24.9.2014 - http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20140924_2bvr278210.html

²⁰ ebenda, Absatz-Nr. 53 f.

Danach sei die Jugendhilfe in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Ostdeutschland in ihrem Wirken der Staatssicherheit vergleichbar gewesen und habe seit ihrer Gründung im Jahr 1950 eng mit dieser zusammengearbeitet. Sie sei entgegen ihrer Bezeichnung kein Instrument der Jugendwohlfahrt oder -hilfe, sondern eines der Einschüchterung gewesen. Es habe eine Durchmischung von geheimdienstlicher und sozialpolitischer Tätigkeit gegeben, die im Jargon der Staatssicherheit als ‚politisch-operative Zusammenarbeit‘ bezeichnet und durch willfährige Mitarbeiter sowohl in der Jugendhilfe als auch im Wohnungswesen realisiert worden sei ...²¹

In diesem Zusammenhang verweist das Bundesverfassungsgericht auch auf die bei der Landesbeauftragten für M-V 2010 herausgegebene Studie von Christian Sachse: Der letzte Schliff, Jugendhilfe der DDR im Dienst der Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen (1945-1989).²²

2.1 Bürgerberatung

Grundlegendes, Statistik

Die Beratungsangebote der Landesbeauftragten im Berichtsjahr 2014 wurden trotz der problematischen personellen Entwicklungen in der Bürgerberatung wieder verstärkt nachgefragt. Im Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution 2014 erklärt sich das höhere Interesse an den Stasi-Unterlagen und für die Beratungsangebote der Landesbeauftragten zu Rehabilitierungsfragen u. a. mit der hohen Medienpräsenz der Thematik DDR-Aufarbeitung. Der Bedarf konnte durch das große Engagement der verbliebenen Mitarbeiter und der seit April 2014 neu eingestellten Bürgerberaterin abgedeckt werden.

3.458 Bürger wandten sich mit ihren Anfragen zur Akteneinsicht, zu Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, mit Nachfragen zu Recherchemöglichkeiten zur Schicksalsklärung und als ehemalige Heimkinder an die Behörde der Landesbeauftragten. In der bei der Landesbeauftragten angesiedelten Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ haben sich seit Juli 2012 bis zum Meldeschluss am 30.09.2014 insgesamt 3.839 Betroffene registrieren lassen. Allein von Januar 2014 bis zum Meldeschluss haben sich 2.200 ehemalige Heimkinder neu angemeldet.

1.042 Personen nutzten erstmals das Angebot der Bürgerberatung bei der Landesbeauftragten. 520 Bürger wurden zu Rehabilitierungsverfahren, zu Fragen der Opferrente und zu persönlichen Konfliktsituationen beraten. 304 Personen suchten zu Rehabilitierungsfragen erstmals Rat bei der Landesbeauftragten. 216 Personen wandten sich wiederholt an die Landesbeauftragte, darunter etliche Bürgerinnen und Bürger, die schon seit Jahren betreut werden (siehe Grafik 1 Beratung).

Die seit August 2013 vakante Stelle in der Bürgerberatung der Landesbeauftragten wurde zum 7. April 2014 mit Frau Charlotte Ortmann neu besetzt. Frau Ortmann arbeitete sich mit überdurchschnittlichem Engagement in die überaus komplexe und sensible Thematik ein und konnte als Beraterin schnell das Vertrauen der Betroffenen gewinnen, die sich mit ihren Anliegen und Fragen an die Landesbeauftragte wandten.

²¹ ebenda, Absatz-Nr. 61.

²² ebenda, Absatz-Nr. 44, 61.

Insbesondere im zweiten Halbjahr 2014 konnten wieder Beratungsangebote in die Fläche des Landes getragen werden. In Neustrelitz, Ribnitz-Damgarten, Penkun, Parchim und Stralsund war die Bürgerberaterin mit Beratungstagen in Kooperation mit den Außenstellen des Bundesbeauftragten zusammen mit dem Demokratiebus des Projekts „Demokratie auf Achse“ präsent. Etwa monatlich ist die Bürgerberaterin mit ihrem Beratungsangebot in Rostock, 2014 insgesamt fünfmal.

Im Berichtszeitraum 2014 haben sich die Anfragen an die Bürgerberatung zum Vorjahr nahezu verdoppelt. Neben dem Anstieg der Beratungsfälle insgesamt ist 2014 ein deutlicher Anstieg der besonders arbeitsintensiven Beratungsfälle zu verzeichnen, von 325 Fällen 2013 auf 520 Fälle 2014. Dazu gehören die psycho-soziale Beratung zu Fragen nach erfolgter Akteneinsicht in die Stasi-Unterlagen, die Begleitung von Verfolgten der SED-Diktatur bzw. der sowjetischen Besatzungsmacht bei der Wahrnehmung ihrer Rechte nach den Rehabilitierungsgesetzen, die Unterstützung bei Recherchen zur Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit bzw. der Aufklärung des Schicksals von Angehörigen.

Der Anstieg erklärt sich u. a. daraus, dass sich zunehmend Betroffene von DDR-Heimerziehung an die Bürgerberatung zur Klärung von Ansprüchen nach den Rehabilitierungsgesetzen wenden. Im Erstgespräch in der Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ bei der Landesbeauftragten werden Betroffene zuständigkeitshalber an die Bürgerberatung verwiesen, wenn entsprechende Erfolgsaussichten bestehen.

Nach dem Ablauf der Meldefrist für den Fonds Heimerziehung am 30. September 2014 ist statt der Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ die Bürgerberatung der Landesbeauftragten für die Betroffenen von DDR-Heimerziehung zuständig, die sich erstmals mit ihren Fragen und Problemen an die Landesbeauftragte wenden und sich nicht rechtzeitig beim Fonds Heimerziehung gemeldet hatten. Da Verfahren nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen für die allermeisten ehemaligen Heimkinder wenig Erfolg versprechen,²³ steht die Biografiearbeit mit Recherchen nach Einweisungsgründen, Heimunterlagen, nach Angehörigen und der Familienherkunft sowie den Stasi-Unterlagen im Mittelpunkt. Ebenso wichtig ist die Vermittlung weiterer spezieller Beratungs- und Therapieangebote.

Für das gesamte Bundesland ist für das Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution 2014 ein zum Vorjahr gestiegenes Interesse an Stasi-Akteneinsichtsanträgen festzustellen, wie die Statistik der Antragsengänge bei den Außenstellen des Bundesbeauftragten zeigt (siehe Tabelle 1).

Von Januar bis Dezember 2014 wurden beim Referat Rehabilitierung und Wiedergutmachung im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern 125 Anträge auf Zahlung der Kapitalentschädigung für zu Unrecht erlittene Haft nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitierung sowie 170 Anträge auf Berufliche oder Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung gestellt.

Insgesamt sind seit Inkrafttreten des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1992 bis Ende 2014 in M-V 12.571 Anträge auf Zahlung der Kapitalentschädigung nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitierung gestellt worden.

²³ siehe Jahresbericht 2013, S. 8 f.: Problemlagen. Strafrechtliche Rehabilitierung aufgrund einer Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche - http://www.landesbeauftragter.de/fileadmin/user_upload/downloads/jahresberichte/Taetigkeitsbericht_LStU_M-V_2013_Drs06-3591.pdf

Nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sind seit Inkrafttreten 1994 in M-V insgesamt 18.056 Anträge gestellt worden, davon 12.732 auf Berufliche Rehabilitierung und 5.324 auf Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung. Bis Dezember 2014 wurden insgesamt 12.596 endgültige Bescheide erteilt, darunter waren 7.661 Bewilligungen inklusive Teilablehnungen. 4.935 Anträge wurden abgelehnt. Ende 2014 waren im Referat Rehabilitierung und Wiedergutmachung 172 Anträge nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz noch nicht abschließend bearbeitet.

Im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern sind seit 2007 insgesamt 6.769 Anträge auf Gewährung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer (sogenannte Opferrente) nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes eingegangen. Im Berichtszeitraum 2014 wurden insgesamt 220 neue Anträge eingereicht. Von 2007 bis zum 31.12.2014 wurde für insgesamt 4.686 Antragsteller die Zuwendung in voller Höhe von 250 Euro bzw. teilweise bewilligt. Abgelehnt wurden seit 2007 insgesamt 834 Anträge, davon 322 wegen Unterschreitung der Mindesthaftdauer, 74 wegen Überschreitung der Einkommensgrenze und 129 wegen Ausschlussgründen. Am 31.12.2014 bezogen insgesamt 3.759 Personen die Besondere Zuwendung vom Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern, davon 3.737 in voller Höhe. Ehemalige politische Häftlinge, die strafrechtlich rehabilitiert wurden oder eine Anerkennung nach dem Häftlingshilfegesetz haben, die aber wegen einer zu kurzen Haftdauer von unter 180 Tagen nicht die sogenannte Opferrente bekommen, können bei sozialer Bedürftigkeit bei der Bonner Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Unterstützungsleistungen beantragen. 365 Antragsteller aus unserem Bundesland haben 2014 die Stiftungsleistung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz erhalten (siehe Tabelle 2). Die gesamte Zahl der Antragsteller aus M-V kann nicht ermittelt werden, da die Stiftung die Vergabe ihrer Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz nicht nach Ländern aufschlüsselt (siehe Tabelle 3).

Bis Ende Dezember 2014 lagen bei der zuständigen Abteilung Soziales im Versorgungsamt Neubrandenburg des Landesamtes für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 895 Anträge auf Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden in Verbindung mit dem Strafrechtlichen und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz bzw. dem Häftlingshilfegesetz vor. Zum 31.12.2014 bezogen lediglich 105 Personen eine Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz, für deren Gewährung eine Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden von über 25 Prozent Grad der Schädigungsfolgen Voraussetzung ist. 15 Anträge waren noch nicht entschieden. Die Anerkennungsquote beträgt damit knapp 12 Prozent.

Die Antragszahlen persönlicher Akteneinsicht (inklusive Decknamenentschlüsselung und Kopien) in den drei Außenstellen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern sind 2014 im Vergleich zum Vorjahr von 7.420 auf 8.311 wieder gestiegen (siehe auch Tabelle 1). Nach erfolgter Einsicht in die Stasi-Unterlagen besteht für die Antragsteller die Möglichkeit, eine Decknamenentschlüsselung zu beantragen, um die tatsächlichen Namen der in den Stasi-Akten benannten inoffiziellen Mitarbeiter (IM) herauszufinden. In der Außenstelle Neubrandenburg des Bundesbeauftragten wurden im Berichtsjahr 372 Anträge auf Decknamenentschlüsselung gestellt, in Rostock 404 und in Schwerin 642.

Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden

Die Probleme bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden sind nach wie vor nicht gelöst und wurden wiederholt in den Vorjahren an dieser Stelle beschrieben.²⁴ Deutlich wird dies an der oben geschilderten sehr niedrigen Anerkennungsquote. Sowohl aufgrund der Beratungspraxis als auch belegt durch Studien²⁵ kann festgestellt werden, dass viele ehemalige politisch Verfolgte ihren Anspruch auf Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz in Verbindung mit den Rehabilitierungsgesetzen nicht wahrnehmen. Die geringe Zahl der Anerkennungen steht im Gegensatz zu dem z. B. aufgrund der Haftbedingungen in der DDR zu erwartenden hohen Anteil von ehemaligen politischen Häftlingen, die unter schweren gesundheitlichen Folgen leiden. In einer Entschließung des Bundestags im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR²⁶ wurde die Bundesregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ländern Verbesserungen im Sinne der Verfolgten anzustreben, insbesondere bei den besonderen Anforderungen für Gutachter. Ausgangspunkt dieser Entschließung war ein Berichterstattegespräch im Rechtsausschuss des Bundestages mit geladenen Experten, an dem der Stellvertretende Landesbeauftragte teilnahm. Die in diesem Gespräch abgegebene Stellungnahme ist im Anhang, Anlage 1 dokumentiert und geht im Punkt 3 - Bundesversorgungsgesetz - näher auf die Problematik ein.²⁷ Mit welchen Belastungen das Anerkennungsverfahren für Betroffene einhergeht, wird im Fallbeispiel am Ende des Kapitels deutlich.²⁸

Medikamententests westlicher Pharmahersteller in der DDR

Die Frage nach Umständen und möglichen Schädigungsfolgen von Medikamententests westlicher Pharmahersteller in der DDR wurde seit 2013 auch in der Beratungsarbeit der Landesbeauftragten von ratsuchenden Bürgern aufgeworfen. Seit Mitte 2013 bis Ende 2015 untersucht das Institut für Geschichte der Medizin der Charité²⁹ in einem Forschungsprojekt „Klinische Arzneimittelforschung in der DDR, 1961 - 1989“. In einem Zwischenbericht des Projekts vom 30. Juni 2014 wird festgestellt, dass etwa „300 Prüfungen im Zeitraum zwischen 1980 und 1990 als ‚sicher durchgeführte‘ Prüfungen im Auftrag westlicher Pharmahersteller in Studieneinrichtungen in allen Regionen der DDR identifiziert“³⁰ worden seien.

²⁴ siehe Jahresbericht 2013, S. 10: Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden - http://www.landesbeauftragter.de/fileadmin/user_upload/downloads/jahresberichte/Taetigkeitsbericht_LStU_M-V_2013_Drs06-3591.pdf

²⁵ Plogstedt, Sibylle: „Knastmauke. Das Schicksal von DDR-Häftlingen nach der deutschen Wiedervereinigung“, Gießen 2010

Gäbler, Ira; Maercker, Andreas; Schützwohl, Matthias: Langzeitfolgen politischer Inhaftierungen in der DDR. Eine Folgestudie zur Dresdner Untersuchung. Zürich o.J.

Schulze, Carola (Hrsg.): „Die Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden - kritische Situationsbeschreibung und Erörterung von Lösungsmöglichkeiten“ Berlin, 2010

²⁶ siehe S. 4 f.

²⁷ siehe S. 29

²⁸ siehe S. 13 f.

²⁹ http://medizingeschichte.charite.de/forschung/arzneimittelforschung_in_der_ddr/

³⁰ Zwischenbericht Klinische Arzneimittelforschung in der DDR, 1961-1989 - http://medizingeschichte.charite.de/fileadmin/user_upload/microsites/m_cc01/medizingeschichte/Veranstaltungsflyer/Zwischenbericht_Arzneimittelforschung_DDR_Juni_2014.pdf

Bei etwa 70 Studien sei die tatsächliche Durchführung nicht gesichert. Die Stasi habe von Anfang an sowohl die Kontaktabbahnung als auch die Durchführung der Tests überwacht. Zu möglichen Verstößen gegen ethische oder medizinische Grundsätze konnte noch keine Aussage getroffen werden. Die Landesbeauftragte unterstützt die Forschung durch einen Zeitzeugenauftrag auf ihrer Internetpräsenz und nimmt in Abstimmung mit der Konferenz der Landesbeauftragten an Gremiensitzungen teil.

Zwangsarbeit von DDR-Häftlingen für westliche Firmen

Am 16. Juni 2014 wurde die seit 2013 im Auftrag der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dachverband der Opferverbände, von Christian Sachse erarbeitete Studie zur Zwangsarbeit in der SBZ/DDR vorgestellt.³¹ Ausgangspunkt war 2012 die Debatte um Zwangsarbeit von DDR-Häftlingen für Firmen aus dem westlichen Ausland, darunter IKEA. Tenor der Studie ist die Feststellung, dass „für die DDR-Strafgefangenen von einer international geächteten Form der Zwangsarbeit gesprochen werden“³² müsse.

Die UOKG forderte die Einrichtung eines Runden Tisches mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Aufarbeitung sowie eine umfassende Erforschung und Dokumentation, Würdigung und Entschädigung der Zwangsarbeit von politischen Häftlingen.³³

Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Iris Gleicke gab ergänzend Anfang 2014 die Studie „Historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im DDR-Strafvollzug“ in Auftrag und kündigte eine Untersuchung zur Arbeit Minderjähriger in Heimen der DDR-Jugendhilfe an.³⁴

Fallbeispiel Herr W. (Name geändert)

Im Fall von Herrn W. werden die bereits oben geschilderten Probleme bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden in geradezu erschreckendem Maße deutlich.

Herr W. wird seit 2003 im Rahmen der Bürgerberatung der Landesbeauftragten betreut. Herr W. war 1971 wegen angeblicher Beihilfe zur Vorbereitung der Fahnenflucht vom Militärobergericht Neubrandenburg verurteilt worden und war insgesamt 17 Monate inhaftiert, davon 13 Monate in Einzelhaft. 1995 wurde er vom Landgericht Neubrandenburg vollständig strafrechtlich rehabilitiert. Im Oktober 2003 beantragte Herr W. beim Landesversorgungsamt aufgrund seiner von ihm auf die Haftzeit zurückgeführten psychischen Belastungen die Beschädigtenversorgung nach dem Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Verbindung mit dem Bundesversorgungsgesetz. 2004 wurde Herr W. auf Veranlassung des Landesversorgungsamtes durch den Leitenden Arzt der Klinik für Forensische Psychiatrie der Universität Rostock Prof. Dr. D. Schläfke begutachtet. Für Herrn W. waren die Umstände der Begutachtung in der Forensik aufgrund seiner leidvollen Hafterschaft geradezu unerträglich.

³¹ Christian Sachse: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2014.

³² http://ddr-zwangsarbeit.info/20140616_Zusammenfassung_CS.pdf

³³ http://www.uokg.de/cms/index.php?option=com_content&view=article&id=526:forderungen-der-uokg-zur-ddr-zwangsarbeit&catid=30:presseerklarungen&Itemid=28

³⁴ <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=642222.html>

Die Klinik war mit Stacheldraht, vergitterten Fenstern und automatisch schließenden Türen gesichert. Uniformierte kontrollierten seinen Ausweis und zogen ihn mit dem Hinweis ein, dass er ihn beim Verlassen wiederbekäme. Insgesamt verbrachte Herr W. etwa 5 Stunden in der Klinik, davon die letzte allein in einem Raum, wo er mehrere Fragebögen auszufüllen hatte. In dieser beängstigenden und einschüchternden Atmosphäre war es Herrn W. nicht möglich, offen und umfassend über seine Probleme zu reden und die Fragen des Gutachters entsprechend zu beantworten.

Mit Bescheid des Landesversorgungsamtes vom 18.01.2005 wurde der Antrag von Herrn W. abgelehnt. Die vom Gutachter diagnostizierte psychische Gesundheitsstörung werde „nicht im ursächlichen Zusammenhang mit dem schädigenden Ereignis gesehen, sondern ist Ihrer beruflichen Situation geschuldet. Auch wenn eine solch zu Unrecht erlittene Haft prinzipiell ein Schädigungsereignis der Stärke darstellt, die zu posttraumatischen Reaktionen führen kann, lässt sich diese bei Ihnen nicht nachweisen. Als Auslöser für die nach fünfzehn Jahren nach Ihrer Inhaftierung auftretende Angstsymptomatik werden die Forderungen, die Ihr Berufsleben an Sie stellte, gesehen.“³⁵

Herr W. fühlte sich von den Formulierungen des Bescheids gedemütigt und reichte mit Unterstützung der Landesbeauftragten einen Widerspruch ein. Dieser wurde mit Bescheid vom 29.11.2005 zurückgewiesen, da sich aus der Widerspruchsbegründung keine neuen Gesichtspunkte ergeben hätten. Gegen diese Entscheidung erhob Herr W. am 13.12.2005 vor dem Sozialgericht Rostock Klage.

Das Sozialgericht Rostock beschloss ohne mündliche Verhandlung am 13.11.2007 die Einholung eines weiteren Gutachtens bei dem Sachverständigen Prof. Dr. Harald Freyberger.³⁶ Mit Urteil vom 11.06.2009 hob das Sozialgericht Rostock den Bescheid des Landesversorgungsamtes auf und verurteilte die Beklagte zu einer Anerkennung der haftbedingten Gesundheitsschäden des Klägers mit einem Grad der Schädigungsfolgen von 30, welcher zum Bezug einer Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz berechtigt. In der Urteilsbegründung rügt das Gericht, die „Testergebnisse von Prof. Dr. Schläfke sind nicht verwertbar, weil zweifelhaft ist, ob der Kläger bei der Befragung überhaupt klar genug denken konnte, um die Fragen zu verstehen und die Antworten zutreffend zu formulieren ... Die Untersuchungssituation hat der Traumatisierung des Klägers nicht genügend Rechnung getragen.“³⁷

Am 09.09.2009 legte das mittlerweile zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales vor dem Landessozialgericht Berufung ein und beantragte die Aussetzung der Vollstreckung. Begründet wurde die Berufung mit grundsätzlichen Zweifeln an dem Gutachten von Prof. Dr. Freyberger und der gestellten Diagnose der posttraumatischen Belastungsstörungen.³⁸

Das Landessozialgericht ordnete am 12.01.2011 eine Beweiserhebung durch die Einholung eines weiteren Gutachtens an und bestimmte Dr. Matthias Fabra zum Sachverständigen. Dieser beauftragte wiederum ein Psychologisches Zusatzgutachten, welches von Dr. Sebastian Bodenburg am 15.09.2011 erstellt wurde. Dr. Bodenburg untersuchte Herrn W. am 01.09.2011 in seiner Hamburger Praxis. Herr W. berichtete, dass er in Hamburg zu hören bekommen habe: „So schlimm kann es ja nicht gewesen sein, Sie tun ja, als ob Sie in einem KZ gewesen wären.“

³⁵ Bescheid des Landesversorgungsamtes M-V, Arbeitsgruppe „SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“ vom 18.01.2005, GZ: 7650-0002/03 1. SED-UnBerG

³⁶ Beschluss des Sozialgerichts Rostock vom 13.11.2007, S 2 VU 207/05, siehe S. 14 f.

³⁷ Urteil des Sozialgerichts Rostock vom 11.06.2009, S 10 VU 207/05

³⁸ Schreiben des Landesamtes für Gesundheit und Soziales vom 22.01.2010, AZ: SED-UnBerG- 11/09

In einer mündlichen Verhandlung entschied das Landessozialgericht Neubrandenburg am 07.05.2013, das Urteil des Sozialgerichts Rostock aufzuheben und die Klage von Herrn W. abzuweisen. Eine Revision wurde nicht zugelassen.³⁹

Herr W. berichtete, das Landessozialgericht in Neubrandenburg hätte unter Zeitdruck gestanden, weil die Folgeverhandlung pünktlich beginnen sollte. Für die Entscheidung nach Aktenlage hätte das Gericht lediglich 40 Minuten benötigt.

Für Herrn W. bedeutet diese Entscheidung, dass er nach einer unzumutbar langen Verfahrensdauer von insgesamt knapp 10 Jahren am Ende bei der Anerkennung seiner verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden leer ausgeht und dazu die Rechtsanwaltskosten zu tragen hat. Herr W. fühlt sich durch den Ausgang des für ihn äußerst belastenden Verfahrens mit seinem Schicksal als rehabilitierter Häftling nicht gewürdigt und nicht ernst genommen. Er erwägt eine Klage vor dem Bundessozialgericht.

Nach Ansicht der Landesbeauftragten beruht die Entscheidung des Landessozialgerichts auf zum Teil mangelhaften Gutachten. Umso wichtiger ist die auch von der Konferenz der Landesbeauftragten geforderte Festlegungen von Mindeststandards an die Gutachter wie Kenntnisse des Forschungsstands in der Psychotraumatologie, über Lebensverhältnisse, Repression und Haftbedingungen in DDR sowie an die Begutachtungssituation.

2.2 Beratung öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen

Mit Fragen zur Überprüfungsregelungen und zum Akteneinsichtsverfahren wandten sich auch 2014 verschiedene öffentliche und nichtöffentliche Stellen an die Landesbeauftragte. Aber auch einzelne Bürgerinnen und Bürger richteten ihre Fragen zu Überprüfungsmöglichkeiten von Abgeordneten und Personen in öffentlichen Ämtern an die Landesbeauftragte. Ihnen ging es vor allem um eine transparente Verwaltung und ihr Vertrauen in die Politik. Hintergrund dieser Anfragen war häufig die Berichterstattung in den Medien zur früheren Stasitätigkeit des ehemaligen Geschäftsführers des Städte- und Gemeindetages Michael Thomalla. Zu Recht fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger, wie es möglich sein konnte, trotz Stasitätigkeit in so verantwortungsvoller Position über 25 Jahre tätig zu sein. Entsprechend viele Anfragen betrafen dann auch die Überprüfungsmöglichkeiten von Mitgliedern von Vereinen und Verbänden.

Die Überprüfungsverfahren sind mit dem Stasi-Unterlagengesetz §§ 20/21 StUG geregelt. Auf dieses Verfahren und die in den letzten Jahren erfolgten Novellierungen wurde in den zurückliegenden Tätigkeitsberichten mehrfach hingewiesen.

Was für Möglichkeiten gibt es, eine Stasi-Tätigkeit auszuschließen, wenn eine Überprüfung entsprechend dem Stasi-Unterlagengesetz nicht möglich ist? Das war eine häufig gestellte Frage. Hier kann auf eine freiwillige Überprüfung verwiesen werden, eine sogenannte Selbstauskunft. Diese Auskunft kann nur auf freiwilliger Basis von den betreffenden Personen beantragt werden, diese bekommt dann von der Behörde des Bundesbeauftragten bei entsprechenden Voraussetzungen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung zur eigenen Verwendung ausgestellt.

³⁹ Landessozialgericht Mecklenburg-Vorpommern: Protokoll über die mündliche Verhandlung vom 07.05.2013, Az.: L 3 VU 38/09

3. Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“

Insgesamt 3.839 Betroffene von Einweisungen in DDR-Kinderheime und Jugendwerkhöfe haben sich seit Start des Fonds „Heimerziehung in der DDR“ im Juli 2012 bis zum Meldeschluss am 30. September 2014 an die für sie zuständige Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“⁴⁰ (ABs) bei der Landesbeauftragten in Schwerin gewandt. 2.200 Betroffene hatten sich 2014 neu für den Fonds angemeldet (siehe auch Grafik 1).

Insbesondere in den letzten Wochen vor Fristablauf hatten die drei Berater der Anlauf- und Beratungsstelle einen Ansturm von telefonischen und schriftlichen Anfragen zu bewältigen. Allein im September 2014 meldeten 1.145 ehemalige Heimkinder erstmals ihre Ansprüche gegenüber dem Fonds „Heimerziehung in der DDR“ an.

Alle Betroffenen erhielten eine schriftliche Eingangsbestätigung, dass sie für den Fonds vorgemerkt sind, wenn sie die Anlauf- und Beratungsstelle vor Meldeschluss kontaktiert hatten. Anmeldungen wurden persönlich und telefonisch zur Niederschrift entgegengenommen bzw. per Brief, Mail oder Fax. Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit den Medien gelang es, noch zahlreiche Betroffene auf den Fonds aufmerksam zu machen.

Fast 500.000 Minderjährige waren von 1949 bis 1990 in Kinder- und Jugendheimen in der DDR untergebracht. Insbesondere die etwa 135.000 Kinder und Jugendlichen in den DDR-Spezialheimen zur Umerziehung haben Leid und Unrecht erfahren und leiden heute noch unter den Folgen.⁴¹ Bezogen auf den Bevölkerungsanteil von etwa 12 Prozent⁴² waren in Mecklenburg-Vorpommern während der DDR insgesamt 60.000 Menschen in Heimen untergebracht, davon 16.000 in Spezialheimen, den sogenannten Spezialkinderheimen für schwererziehbare Kinder und Jugendwerkhöfen. Es haben sich damit knapp ein Viertel der nach den Kriterien des Fonds mutmaßlich berechtigten Betroffenen gemeldet. Es ist daher mit einer hohen Dunkelziffer von Personen zu rechnen, die auch aufgrund der psychischen und sozialen Folgen der DDR-Heimerziehung nicht erreicht werden konnten.

Zuständig ist die Anlauf- und Beratungsstelle bei der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für alle Betroffenen mit aktuellem Wohnort in Mecklenburg-Vorpommern und für Betroffene aus den alten Bundesländern und dem Ausland, wenn die einweisende Behörde ihren Sitz im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern hatte.

Der Fonds bietet Hilfen als Ausgleich und zur Milderung der Folgen der Heimerziehung, unter denen die Betroffenen heute noch leiden.

⁴⁰ siehe Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für 2012, S. 10 ff. - http://www.landesbeauftragter.de/fileadmin/user_upload/downloads/jahresberichte/Taetigkeitsbericht_2012.pdf

⁴¹ Expertisen zum Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“. https://www.fonds-heimerziehung.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Expertisen_web_neu.pdf, S. 255

⁴² „Die Anteile der einzelnen Länder werden nach der Einwohnerzahl (Stand 31. Dezember 1991) ermittelt (Land Berlin 8,11 %, Land Brandenburg 16,10 %, Land Mecklenburg-Vorpommern 11,98 %, Freistaat Sachsen 29,63 %, Land Sachsen-Anhalt 17,88 %, Freistaat Thüringen 16,30 %).“ Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 17/0422 vom 21.06.2012, S. 6, <http://www.parlament-berlin.de/ad0s/17/IIIPlen/vorgang/d17-0422.pdf>

Notwendige Kriterien für die Vereinbarung von Leistungen sind nach Fondssatzung die Unterbringung in vollstationären Einrichtungen der DDR zum Zwecke der öffentlichen Erziehung

- „1. wenn eine Minderung von Rentenansprüchen u. a. aufgrund nicht gezahlter Beiträge in die Sozialversicherung der DDR oder fehlender Anerkennung der geleisteten Beiträge durch die Rentenversicherung und/oder
2. bei denen ein Folgeschaden und besonderer Hilfebedarf aufgrund von Schädigungen durch die Heimerziehung vorliegt und dieser nicht über die bestehenden Hilfe- und Versicherungssysteme abgedeckt werden kann“⁴³.

Der Fonds „Heimerziehung in der DDR“ ist nicht rechtsfähig. Entscheidungen des Fonds sind keine Verwaltungsakte im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes (§ 35 VwVfg). Auf die Leistungen des Fonds besteht kein Rechtsanspruch. Die Vergabe der Leistungen erfolgt durch eine im Beratungsgespräch geschlossene privatrechtliche Vereinbarung.

Ende 2014 warteten noch über 3.000 ehemalige Heimkinder auf ein Gespräch zur Vereinbarung von Leistungen, davon knapp 700 Betroffene seit zwei Jahren und darüber. Wegen der Ausschöpfung des Fonds Ende 2013 und der erst ab September 2014 greifenden Zwischenfinanzierung konnten Erstberatungsgespräche zur Vereinbarung von Leistungen nur eingeschränkt unter Finanzierungsvorbehalt geführt werden. Es wurde 2014 daher überwiegend an der sehr aufwendigen finanziellen Abwicklung der bereits geschlossenen Vereinbarungen gearbeitet. Ab Sommer bis Ende September hatten die Mitarbeiter einen Ansturm von Neumeldungen bis zum Meldeschluss am 30.09.2014 zu bewältigen. Anschließend mussten weit über tausend neue Betroffene mit ihren Angaben in einer Datei registriert, entsprechende Fallakten angelegt und Eingangsbestätigungen versandt werden. 2014 konnten daher lediglich mit 109 Betroffenen Erstberatungsgespräche zur Vereinbarung von Leistungen geführt werden.

Die Anlauf- und Beratungsstelle war im gesamten Berichtszeitraum mit drei Vollzeit-Beraterstellen besetzt. Herr Georg Neumann hatte vor seinem Weggang zum 1. September 2014 noch die Gelegenheit, seine Aufgaben an Herrn Christian Glüer zu übergeben, der bereits am 11. August 2014 seine Stelle angetreten hatte. Seit 24. März 2014 ist Frau Juliane Peters in der Anlauf- und Beratungsstelle beschäftigt. Frau Peters absolviert bis 23.03.2016 im Sekretariat den praktischen Teil ihrer Umschulung zur Verwaltungsfachangestellten. Aufgrund schulischer und weiterer Ausbildungsanteile steht Frau Peters durchschnittlich 20 Stunden wöchentlich für Verwaltungsaufgaben und Telefondienste zur Verfügung.

Die Fachaufsicht, die Koordination und Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales wird in bewährter Weise und sehr engagiert durch die zuständige Referatsleiterin im Referat Jugendhilfe, Frau Astrid Lukas, wahrgenommen.

⁴³ http://www.fonds-heimerziehung.de/fileadmin/user_upload/dokumente/120424_Satzung_Heimerziehung_DDR.pdf

Beirat

Der Ende 2012 konstituierte Beirat der Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ bei der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR tagte 2014 fünf Mal. Die turnusmäßige Sitzung für Dezember 2013 war wegen Terminschwierigkeiten auf Januar 2014 verlegt worden. Stimmberechtigte Mitglieder des Beirats sind nach der Geschäftsordnung zwei Vertreter des „Heimkinder Ost - Mecklenburg-Vorpommern e. V.“ als Betroffene sowie zwei Vertreter mit fachlicher Expertise. Der Beirat begleitet die Arbeit der ABs M-V, insbesondere in Fragen der fachlichen Ausrichtung der Beratungs- und Unterstützungsarbeit für die betroffenen Heimkinder (Qualitätssicherung), gibt Anregungen und unterstützt die Entscheidungspraxis auch durch die Beratung und Bewertung von anonymisiert vorgelegten Einzelfällen. Der Beirat kann bei Beschwerden Empfehlungen aussprechen.

Weiterführung und Aufstockung des Fonds

Am 26.02.2014 hatte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mitgeteilt, dass sich die Bundesregierung mit den Vertreterinnen und Vertretern der ostdeutschen Bundesländer auf eine Fortführung des Fonds „Heimerziehung in der DDR“ verständigen konnte. Am 09.07.2014 teilte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in einer Pressemitteilung mit, dass die Bundesregierung eine Aufstockung des Fonds „Heimerziehung in der DDR“ beschlossen habe. Es solle sichergestellt werden, dass alle vorgemerkten Betroffenen Leistungen aus dem Fonds erhalten können. Bund und Länder hatten sich darauf geeinigt, dass Neumeldungen noch bis zum 30. September 2014 angenommen werden. Die Höhe der dann noch erforderlichen Aufstockungssumme werde nach dem Meldeschluss ermittelt. Am 14.08.2014 beschloss die Landesregierung M-V die Weiterführung und Aufstockung des Fonds „Heimerziehung in der DDR“.

Die ostdeutschen Länder und der Bund hatten den Fonds für ehemalige DDR-Heimkinder zum 1. September 2014 um 25 Mio. Euro aufgestockt, sodass die Anlauf- und Beratungsstellen der ostdeutschen Länder und Berlins ab diesem Zeitpunkt wieder Vereinbarungen über Leistungen des Fonds „Heimerziehung in der DDR“ mit den Betroffenen abschließen konnten. Dabei wurden die 25 Mio. Euro der Zwischenfinanzierung entsprechend der Zahl der bis dahin gemeldeten Betroffenen für die Länder zugeteilt. Das Kontingent für Mecklenburg-Vorpommern wurde auf 14,06 Prozent mit knapp 3,2 Mio. Euro festgelegt.

Änderungen in Verfahrensregelungen

Der Lenkungsausschuss stellte am 21. August 2014 neue Verfahrensregelungen zur Umsetzung der von Bund und Ländern bereitgestellten Aufstockung des Fonds vor.⁴⁴ Die Leistungsleitlinien bleiben unverändert, es werden aber mit Wirkung vom 1. September 2014 höhere Anforderungen an eine nachvollziehbare Begründung der Leistungen gestellt.

⁴⁴ siehe Informationsblatt - http://www.fonds-heimerziehung.de/fileadmin/user_upload/downloads/Handbuch_Infoblatt_Betroffene_Ost.pdf

Wichtigste Änderungen betreffen die Abwicklung der Hilfen. So darf nur noch eine einzige Vereinbarung über materielle Hilfen geschlossen werden. Die vereinbarte materielle Hilfe kann allerdings verschiedene Leistungen bzw. Rahmenvereinbarungen bis zu einer Gesamtsumme von 10.000 Euro für jeden Betroffenen umfassen, wenn die Kriterien für die Leistungsvergabe erfüllt sind. Geschlossene Vereinbarungen dürfen nur noch im begründeten Ausnahmefall geändert werden. In Höhe von 1.000 Euro können innerhalb der Gesamtsumme im vereinfachten Verfahren Leistungen für Kleidung, Schuhe und Hausrat vereinbart werden. Hierfür reicht ohne konkrete Abrechnung eine Erklärung des Betroffenen über die vereinbarungsgemäße Verwendung der Mittel aus. Nicht ausgeschöpfte Restmittel aus geschlossenen Leistungsvereinbarungen können in Höhe bis zu 20 Prozent der ursprünglich vereinbarten Summe ebenfalls im beschriebenen Verfahren für Kleidung, Schuhe und Hausrat verwendet werden.

4. Politisch-historische Aufarbeitung

Im Bereich der politisch-historischen Aufarbeitung standen im Jahr 2014 zwei große Themenfelder im Vordergrund, zu denen die Landesbeauftragte in sehr unterschiedlichen Formaten Veranstaltungen anbot: Das Erinnern an die Ereignisse der Friedlichen Revolution 1989 und die Ausstellung „Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 bis 1956“ mit umfangreichem Rahmenprogramm, unter anderem zwei großen überregional beachteten Fachtagungen im Juli und Oktober 2014. Zu bewältigen war der mit den Veranstaltungen verbundene erhebliche organisatorische Aufwand für die kleine Geschäftsstelle nur durch das außerordentliche Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vortragsveranstaltungen, Ausstellungsbegleitung mit Eröffnungsveranstaltungen, Diskussionsrunden und Schulveranstaltungen, Lesungen und vieles mehr wurden im ganzen Land angeboten. Auch die Forschungstätigkeit zu regional-historischen Themen wurde im Berichtsjahr in Kooperation mit externen Forschern fortgesetzt.

4.1 Forschungsprojekte

Auch 2014 unterstützte und begleitete die Landesbeauftragte Projekte und Forschungsvorhaben, die sich mit zeitgeschichtlichen Themen in Mecklenburg-Vorpommern befassen. Eigene Forschungsvorhaben wurden weitergeführt. Die Ergebnisse der Forschung fließen in die Arbeit der Landesbeauftragten mit ein und werden in Vorträgen, Aufsätzen und Publikationen veröffentlicht.

Zu den im Jahr 2014 bearbeiteten Themen gehörten unter anderem:

Friedliche Revolution und Deutsche Einheit 1989/1990

In den Jubiläumswjahren 2014 und 2015 werden an die Ereignisse vor 25 Jahren erinnert. Der Herbst 1989 und die Deutsche Einheit wurden und werden in vielen Veranstaltungen, Diskussionsrunden, Schülerprojekten und Veröffentlichungen thematisiert. Dazu sind weiterführende Recherchen in den verschiedenen Archiven und Zeitzeugengespräche geplant. Die gewonnenen Materialien finden in den unterschiedlichsten Veranstaltungsformaten Verwendung.

Offene Arbeit in der kirchlichen Jugendarbeit der evangelischen Kirche in den drei Nordbezirken

Die Kirchen füllten mit ihrer Offenen Arbeit eine Leerstelle in der Jugendpolitik der DDR. Sie waren in der Arbeit mit den sozialen Randgruppen sehr erfolgreich, aber auch ständig staatlichen Repressionen ausgesetzt. Die Geschichte der Offenen Arbeit wird mit dieser Studie untersucht, die umfangreichen Aktenrecherchen werden durch Zeitzeugenbefragungen ergänzt. Die Ergebnisse werden in einer Publikation veröffentlicht.

Die Mitwirkung bzw. Zusammenarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit bei der Festnahme und Verurteilung von deutschen Zivilisten durch sowjetischen Geheimdienst und Sowjetische Militärtribunale (SMT) in den drei Nordbezirken der DDR

In der Zeit von 1945 bis 1955 gab es ca. 35.000 SMT-Urteile in der SBZ/DDR. Mit diesem Projekt wird die Mitwirkung des MfS in diesem Zusammenhang für den Bereich Mecklenburg-Vorpommern untersucht. Waren bis 1947 die Verurteilungen durch SMT in Greifswald, Rostock und anderen Orten erfolgt, wurden ab 1947 die Festgenommenen am zentralen SMT-Standort in Schwerin/Demmlerplatz in Untersuchungshaft genommen und verurteilt. Dieses umfangreiche Forschungsprojekt wurde auch im Berichtsjahr 2014 fortgeführt. Bisherige Ergebnisse fanden bereits in der laufenden Arbeit der Behörde der Landesbeauftragten Verwendung, weitere Veröffentlichungen sind geplant.

Heimerziehung in der DDR

In diesem Forschungsprojekt geht es um eine Bestandsaufnahme von Erziehungskonzepten und realen Lebenswirklichkeiten in den Heimen der DDR von 1949 bis 1990. Einige Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex konnten durch die Landesbeauftragte bereits erfolgen. Weitere Themen werden in diesem Zusammenhang in verschiedenen Forschungsvorhaben vertiefend bearbeitet. Dazu gehören die Erforschung der Situation in den Durchgangsstationen und -heimen in den Nordbezirken, die Arbeit von Kindern und Jugendlichen in den Spezialheimen der DDR und der Einfluss der Staatssicherheit auf die Jugendhilfeeinrichtungen der DDR. Die Erkenntnisse aus diesen Forschungsvorhaben sollen veröffentlicht werden und fließen in Vorträge und die aktuelle Diskussion um Entschädigungspraxis und Rehabilitierungsmöglichkeiten mit ein.

Das innerdeutsche Grenzregime zwischen Ostsee und Elbe

Bei diesem Projekt handelt es sich um ein umfangreiches Forschungsvorhaben, das auch nach Vorliegen der Publikation („Ihr könnt doch nicht auf mich schießen!“ Die Grenze zwischen Lübecker Bucht und Elbe 1945 bis 1989“) noch nicht abgeschlossen wurde. Neue Erkenntnisse aus weiteren Aktenrecherchen und Zeitzeugenbefragungen werden in künftigen Veröffentlichungen berücksichtigt.

4.2 Veröffentlichungen

Veröffentlichungen gehören zu dem im Ausführungsgesetz zum Stasi-Unterlagen-Gesetz festgeschriebenen Auftrag der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern als ein Bereich der Förderung der politischen und historischen Aufarbeitung (§ 2 Abs. 5 StUG-AG). Seit Gründung der Behörde entstanden bereits über 40 Publikationen, aus eigenen Recherchen bzw. in Kooperation mit externen Wissenschaftlern. Im Berichtsjahr 2014 konnte im Anschluss an die Fachtagung im Rahmen der Gulag-Ausstellung „Eingesperrt und ausgeschlossen“ vom 18. Juli 2014 ein Tagungsband veröffentlicht werden. Bereits im Vorfeld der Tagung hatte sich ein großes Interesse an diesem Thema abgezeichnet, sodass beschlossen wurde, die Vorträge und Diskussionsbeiträge in Buchform herauszugeben.

Ein weiterer Tagungsband zur zweiten Fachtagung im Zusammenhang mit der Gulag-Ausstellung ist für das Jahr 2015 zur Veröffentlichung in Vorbereitung.

Neue Erkenntnisse aus weiteren Aktenrecherchen und das enorme Interesse an der Veröffentlichung zur innerdeutschen Grenze machten im Berichtsjahr 2014 eine zweite überarbeitete Auflage der Publikation von Sandra Pingel-Schliemann: „Ihr könnt doch nicht auf mich schießen! Die Grenze zwischen Lübecker Bucht und Elbe 1945 bis 1989“ erforderlich.

Ebenfalls in einer weiteren, nun vierten Auflage erschien das Buch von Friederike Pohlmann: „Hotel der Spione. Das ‚Neptun‘ in Warnemünde“.

Auch der Film über Reiner Kunze erfuhr eine große Nachfrage: Christiane Baumann/Gerrit Ebner: „Frage und Antwort, 2013. Ein filmisches Interview mit dem Lyriker Reiner Kunze“. Die DVD wurde 2014 in zweiter Auflage nachproduziert.

Die Veröffentlichungen „Ihr könnt doch nicht auf mich schießen! Die Grenze zwischen Lübecker Bucht und Elbe 1945 bis 1989“ von Sandra Pingel-Schliemann und „Die Zeitung ‚Freie Erde‘ (1952-1990). Kader, Themen, Hintergründe. Beschreibung eines SED-Bezirksorgans“ von Christiane Baumann wurden anlässlich der Buchmesse am 14. März 2014 in Leipzig mit Lesung und anschließender Diskussion der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

4.3 Veranstaltungen

Bundeskongress

Alljährlich veranstalten die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zusammen mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen einen Bundeskongress. Der Bundeskongress ist das einzige bundesweite Forum für die Verbandsvertreter und der auf ihm geführte Diskurs zu Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Erinnerungskultur genießt daher überregionale Beachtung.

Der nunmehr 18. Kongress mit mehr als 200 Teilnehmern unter dem Motto „Zeitenwende 1989 - Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung“ fand vom 25. bis 27. April 2014 im Sächsischen Landtag in Dresden statt. In den Vorträgen und Podiumsdiskussionen wurden im Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur bilanziert sowie der Epochenbruch 1989/90 und der Wandel der Geschichtsbilder in einen europäischen Kontext gestellt.

Dabei wurde auch auf Lücken und Leerstellen in der Aufarbeitung der Diktaturvergangenheit verwiesen. Dazu gehört die Einbeziehung bisher vernachlässigter Opfergruppen in Rehabilitierungs- und Entschädigungsregelungen. Der Bundeskongress würdigte die Bedeutung der Verfolgten und des Widerstands für die Friedliche Revolution. In einem weiteren Podium wurden Bildungs-, Geschichts- und Forschungsprojekte vorgestellt, die einen neuen Blick auf die DDR-Geschichte versuchten.

Der Kongress endete mit einer Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzner Straße, bei der an Opfer Sowjetischer Militärtribunale von 1951 erinnert wurde.

Bützower Häftlingstreffen

Unter dem Titel „Von der Diktatur zur Demokratie in der DDR“ fand vom 28. bis 30. September 2014 das mittlerweile 12. Häftlingstreffen in Bützow statt. Das Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Verein Politische Memoriale e. V., der Landeszentrale für politische Bildung M-V, der Stadt Bützow und der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen organisiert. Ausgangs- und zentraler Bezugspunkt sind die Schicksale der politischen Häftlinge aus dem Bützower Strafvollzug während der Sowjetischen Besatzungszone und der SED-Herrschaft. Das Treffen hat sich als ein wichtiges Forum im Land für die Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen, für politische Bildner und Multiplikatoren sowie politisch und historisch interessierte Bürger etabliert.

Thematisch stand das 12. Häftlingstreffen in Bützow mit Referenten wie dem Altbischof Dr. Heinrich Rathke, Prof. Bernd Faulenbach, Prof. Jens Reich und Markus Meckel im Zeichen des 25. Jahrestages der Friedlichen Revolution von 1989 und der historischen Einordnung dieses Umbruchs. Diskutiert wurde die Frage, wie das Leben in der DDR und die Erfahrungen der Oppositionsbewegung heute an junge Menschen vermittelt werden können. Neben Vorträgen und Gesprächen zu den Häftlingsrevolten im DDR-Strafvollzug allgemein und speziell in Bützow-Dreibergen endete das Treffen mit einer Andacht am Denkmal für die politischen Häftlinge in der DDR.

Eine Übersicht über alle Veranstaltungen der Landesbeauftragten im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit und politischen Bildung im Berichtszeitraum wird in Tabelle 4 im Anhang gegeben.

4.4 Grenzradtour „Mit dem Rad die Geschichte der deutschen Teilung erfahren“

Mit begeisterten Teilnehmern und großer Resonanz in der Öffentlichkeit fand vom 2. bis 6. Juli 2014 eine Radtour entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze statt unter dem Titel „Mit dem Rad die Geschichte der deutschen Teilung erfahren“. Die Landesbeauftragte, die Landeszentrale für politische Bildung M-V und die Vereinigung für die Opfer des Stalinismus gewannen 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution und dem Fall von Mauer und Stacheldraht für dieses besondere Veranstaltungsformat 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter von 12 bis 78 Jahren, unter ihnen etliche Schüler des Eldenburg-Gymnasiums Lübz.

Die 190 Kilometer lange Strecke führte entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze in Mecklenburg über Herrsburg - Groß Thurow - Zarrentin - Boizenburg - Hitzacker - Dömitz. Auf zahlreichen Stationen wurden Museen, Gedenkstätten und Erinnerungszeichen besucht sowie Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geführt. Dabei konnten Fragen zu unterschiedlichsten Aspekten des Grenzregimes geklärt werden: Welche Folgen hatte die deutsche Teilung für die Mecklenburger? Wie gestalteten sich das Leben und der Alltag in den Grenzregionen? Wie war das Grenzsystem aufgebaut? Wer beteiligte sich an der Überwachung der Grenze? Wie versuchten Menschen, die Grenze zu überwinden? Wie kamen Menschen an der Grenze ums Leben? Was können wir aus der Geschichte der deutschen Teilung lernen?

Die Verknüpfung von Erlebnispädagogik und historischer Wissensvermittlung über die deutsche Teilung erwies sich als großer Gewinn für alle Beteiligten. Sie konnten sich beim Besuch der historischen Orte vertiefende Kenntnisse über die Grenze aneignen und durch Zeitzeugengespräche regionale Bezüge herstellen. Insbesondere die konkreten Einzelschicksale von Grenzbewohnern, Flüchtlingen und Zwangsausgesiedelten haben die Vermittlung eines ortsbezogenen Geschichtsverständnisses gefördert. Dass die mehrtägige Tour ständig fachlich begleitet wurde, erwies sich als großer Vorteil für den Kommunikations- und Lernprozess. Denn dadurch war es möglich, auf konkrete Fragen während der Tour direkt zu antworten und an verschiedenen Stationen neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu ergänzen.

Besonders positiv ist hervorzuheben, dass unterschiedliche Generationen an der Tour teilnahmen, die gegenseitig von ihren Erfahrungen und ihrem Wissen zur deutschen Teilung profitierten. Die nach 1989 Geborenen fragten viel nach und jene Generation, die in der DDR aufgewachsen ist und dort gelebt hat, konnte den Alltag und die Lebenswelt in einer Diktatur aus eigenem Erleben anschaulich erklären.

Am 6. Oktober 2014 präsentierten die beteiligten Schüler in der Aula des Eldenburg-Gymnasiums Lübz ihren Mitschülern und Gästen ihre bei der Radtour gewonnenen Erkenntnisse. Für 2015 planen die Veranstalter erneut eine Radtour mit dem thematischen Bezug zur Herstellung der Deutschen Einheit.

4.5 Ausstellungen

Seit vielen Jahren besteht die Möglichkeit für interessierte Gemeinden, Schulen und weitere Bildungseinrichtungen, bei der Landesbeauftragten zu verschiedenen Themen Ausstellungen auszuleihen. In Zusammenarbeit mit der Behörde der Landesbeauftragten sind in den vergangenen Jahren mehrere Wanderausstellungen entstanden. Ergebnisse aus den Forschungsprojekten, Rechercheergebnisse aus den Akten des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, aus SED-Akten und anderen Unterlagen und die lebensgeschichtlichen Erinnerungen von Betroffenen wurden in die Erarbeitung der Ausstellungen einbezogen. Alle Ausstellungen können kostenfrei ausgeliehen werden. Bei Bedarf begleitet die Landesbeauftragte die Ausstellungen und bietet Veranstaltungen zu den Ausstellungseröffnungen und Seminare zu den Ausstellungsthemen an. Vor allem die Ausstellung „Aufbruch im Norden“ zur Friedlichen Revolution 1989 in Mecklenburg-Vorpommern war im Jubiläumsjahr 2014 besonders gefragt und konnte an verschiedenen Orten des Landes gezeigt werden.

Folgende Wanderausstellungen sind über die Behörde der Landesbeauftragten ausleihbar:

Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern

Eine Ausstellung der Landesbeauftragten, der Ostakademie Lüneburg und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Ausgewählte Dokumente und Erinnerungen von Zeitzeugen beziehen sich auf die Ereignisse im Norden der DDR. Die Ausstellung dokumentiert neben den Ereignissen des 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern auch die damalige politische, wirtschaftliche und soziale Situation in der DDR. Zu dieser Ausstellung ist ein Begleitheft verfügbar.

Kommunistische Repression und Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er Jahren

Eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung M-V und der Landesbeauftragten. Die Ausstellung vermittelt Informationen zur politischen Situation in der DDR und Polen in den 1950er Jahren sowie vergleichende Einblicke in Ausprägungen von Diktatur und Widerstand. Aufgezeigt werden auch die Folgen der Aufstände in der DDR 1953 und in Polen 1956 für die weitere Entwicklung in beiden Ländern und für die Oppositionsbewegungen in Mittel- und Osteuropa.

Aufbruch im Norden

Eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung M-V und der Landesbeauftragten. Die Wanderausstellung „Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90“ dokumentiert exemplarisch deren Ursprünge, Verlauf, Akteure und Ergebnisse. Dabei richtet sich der Blick auf die Ereignisse in der gesamten DDR, beispielsweise die Proteste anlässlich der gefälschten Volkskammerwahl vom 7. Mai 1989 oder die Ausreisewelle im Sommer 1989 und die anschließende Formierung der Opposition. Parallel dazu werden die allgemeinen Entwicklungen anhand von Beispielen in den drei ehemaligen Nordbezirken (Neubrandenburg, Rostock, Schwerin) veranschaulicht. Damit werden die vielfältigen Gründe für die zunehmende Auflehnung der Bürger gegen das SED-Regime nachvollziehbar.

Im Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution 2014 wurde die Ausstellung in Grimmen, Malchin, Neustrelitz, Schlagsdorf, Schwerin und Stavenhagen gezeigt. Da sie in zweifacher Ausfertigung für die Ausleihe zur Verfügung steht, konnte sie teilweise auch parallel gezeigt werden.

Daneben können Plakatausstellungen ausgeliehen werden zu den Themen „20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ und „Die heile Welt der Diktatur“.

4.6 Ausstellung „Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 - 1956“

Nach der feierlichen Eröffnung am 17. Juli 2014 zeigte die Landesbeauftragte für M-V für die Stasi-Unterlagen die Ausstellung „Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 - 1956“ vom 18. Juli bis zum 24. Oktober 2014 im Marstall in Schwerin. Die Ausstellung eröffnete den circa 5.000 Besucherinnen und Besuchern einen einzigartigen Blick auf das System der sowjetischen Zwangsarbeitslager, das in der Öffentlichkeit bislang weitaus weniger wahrgenommen wird, als es seiner Bedeutung für die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert entspricht.

„Im Vorfeld der Ausstellung wurde ich als Landesbeauftragte oftmals gefragt, warum eine Ausstellung über das sowjetische Gulagsystem eigentlich in Schwerin gezeigt wird. Was haben wir als Deutsche - und vor allem wir hier in Mecklenburg-Vorpommern - denn mit dem Thema überhaupt zu tun? Es scheint zeitlich und räumlich weit von uns entfernt. Doch zum einen leben mehr Menschen als wir ahnen unter uns, die auf verschiedene Weise ihre Erfahrungen mit diesem System machen mussten, wie die bereits erwähnten ehemaligen Häftlinge, die jahrelang in den sowjetischen Speziallagern auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone/DDR oder in den stalinistischen Lagern in der Sowjetunion unter harten und oft menschenunwürdigen Bedingungen leben und arbeiten mussten. Nicht wenige von ihnen kamen aus Mecklenburg-Vorpommern. In der Beratungsarbeit der Behörde der Landesbeauftragten sind wir von Beginn an mit dieser Thematik konfrontiert, seit 1993 betreuten wir Hunderte Betroffene und ihre Familienangehörigen, unterstützen in Rehabilitierungsverfahren, recherchieren die Hintergründe von Verhaftungen, Urteilen und Internierungen oder suchen nach vermissten Familienangehörigen.

Auch Schwerin als Ausstellungsort steht in diesem thematischen Zusammenhang. Die Sowjetischen Militärtribunale (SMT) arbeiteten ab 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) an verschiedenen Orten. Entsprechend der Einteilung der SBZ in Länder und Provinzen wurden Anfang 1947 zentrale Militärtribunale in Berlin, Dresden, Halle, Potsdam, Schwerin und Weimar gebildet. Der Sitz des SMT für das Land Mecklenburg-Vorpommern befand sich von diesem Zeitpunkt an im Gerichtsgebäude am Schweriner Demmlerplatz. Heute befindet sich im dortigen ehemaligen Haftrakt das Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland.

Darüber hinaus leben heute in Mecklenburg-Vorpommern viele Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, wo die meisten Familien ganz direkt betroffen waren von der Willkür der stalinistischen Justiz.

Zum anderen haben wir alle auf die eine oder andere Weise eine innere Haltung zu oder sogar direkte Erfahrungen mit den Heilsversprechen des Kommunismus. Die Idee einer gerechten Gesellschaft ohne Unterdrückung faszinierte weit über Russland hinaus und fasziniert - verständlicherweise - noch heute viele Menschen. Doch kann und sollte heute niemand mehr über diese Idee sprechen, ohne die Geschichte des Gulag und die Schicksale der Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu kennen, die zur Kehrseite der sowjetkommunistischen Verheißung eines besseren Lebens gehören.

Es war mir daher ein dringendes Anliegen, diese Ausstellung in Mecklenburg-Vorpommern zu zeigen, um den öffentlichen Blick zu schärfen für Unrechtssysteme, menschliche Willkür und die Idee der Einschließung, Abgrenzung und Ausgrenzung, die jedem Lagersystem zugrunde liegen.“

Die Ausstellung war täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet und wurde sowohl von Einheimischen als auch Touristen gut besucht. Neben Schwerinern, Besuchern aus M-V und anderen Bundesländern fanden auch Gäste aus Skandinavien, den USA, der Ukraine, aus Australien, Malaysia, Singapur, China, Polen, Großbritannien, Estland, Dänemark, den Niederlanden und Kolumbien den Weg in die Ausstellung.

In den täglich angebotenen Führungen sowie zahlreichen Sonderführungen durch die Ausstellung wurden etwa 600 Interessierte, Schülergruppen und Lehrer, Multiplikatoren der politischen Bildung, aber auch Mitglieder und Mitarbeiter von Landtagsfraktionen sowie Mitarbeiter der Ministerien über Repressionsmechanismen in der Diktatur, die Folgen und heutige Bezüge zu diesem dunklen Kapitel der Vergangenheit im persönlichen Gespräch informiert. Als Fachkräfte für die Aufsicht wie auch für die täglichen Führungen durch die Ausstellung konnten Lehramtsstudenten der Universität Rostock gewonnen werden, die ihre Aufgabe mit hohem Einsatz und großer Sachkenntnis ausführten und das Thema darüber hinaus mit in ihre pädagogische Arbeit genommen haben.

Begleitend zur Ausstellung wurden zwei Tagungen sowie ein Begleitprogramm⁴⁵ organisiert, um einzelne Aspekte der Ausstellung auf verschiedenen Ebenen vermitteln und vertiefen zu können.

Etwa 1.000 Besucher erlebten die vielfältigen Formate des Begleitprogramms der Ausstellung, insbesondere Vorträge, Lesungen, Diskussionen, Filmaufführungen und Konzerte. Dabei ging es um die allgemeine historische Einordnung des Gulag und verschiedener Lager-systeme sowie spezifische Aspekte wie Kinder im Gulag, im Gulag komponierte Musik, die literarische Reflexion des Gulag oder die sowjetischen Lager auf deutschem Boden, beispielsweise das Speziallager in Neubrandenburg-Fünfeichen. Bewegt zeigten sich viele Gäste von der Darstellung exemplarischer Schicksale von Menschen, die in den Lagern Unfassbares erlitten haben. Zeitzeugen berichteten aus ihren Lebensgeschichten. Betroffene Familien meldeten sich während ihres Ausstellungsbesuchs, erzählten über Angehörige, die im Gulag inhaftiert waren oder andere Formen der Verfolgung erleiden mussten und äußerten sich anerkennend über die Würdigung der Opfer in der Exposition.

Zwei auch überregional beachtete Fachtagungen zu Beginn und zum Ende der Ausstellung befassten sich mit dem Gulag und dem „Jahrhundert der Lager“ sowie der Traumaweitergabe über Generationen. Insbesondere Lehrer nutzten eine Weiterbildung zur didaktischen und pädagogischen Aufbereitung des Themas für die Bereicherung ihres Geschichtsunterrichts.

Die überwältigend positive Resonanz der Besucher wie auch die die gesamte Ausstellung begleitende Aufmerksamkeit der Presse und des NDR-Fernsehens zeigt, dass es gelungen ist, mit der Ausstellung zur weiteren Aufklärung und Sensibilisierung im Hinblick auf die sowjetischen Zwangsarbeitslager, die das Schicksal von insgesamt 20 Millionen Menschen - unter ihnen auch zahlreiche Deutsche - geprägt haben, beizutragen.

Mit sehr nachdenklichen und emotionalen Eintragungen bedankten sich viele Besucher nach dem Rundgang durch die Ausstellung im Gästebuch:

„Welche Worte für dieses Leid, welche Gefäße für diese Tränen.“

„Haben eine sehr beeindruckende Ausstellung mit Führung erlebt. Viele Fragen konnten wir nicht stellen, denn wir waren zu aufgewühlt.“

„Schwer zu ertragende, aber extrem notwendige Auseinandersetzung.“

⁴⁵ Die Veranstaltungen des Begleitprogramms sind im Anhang in Tabelle 4: Veranstaltungen einzeln ausgewiesen, siehe S. 35 ff.

5. Zusammenarbeit

Zusammenarbeit mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Seit vielen Jahren hat sich die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen des Landes und der Dienststelle der Landesbeauftragten bewährt. Die Landesbeauftragte vertritt die Interessen der von politischer Verfolgung Betroffenen und ist ihnen eine wichtige Ansprechpartnerin. Auch untereinander gut vernetzt sind zahlreiche Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen in Mecklenburg-Vorpommern aktiv:

- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- Arbeitsgemeinschaft Workuta/GULAG
- Bürgerbüro Heiko Lietz
- Geschichtswerkstatt Rostock e. V.
- Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte e. V.
- Grenzhof Schlagsdorf e. V.
- Grenzturm Kühlungsborn e. V.
- Heimkinder Ost - Mecklenburg Vorpommern e. V. (i.G.)
- Interessenverband der Zwangsausgesiedelten in M-V
- Politische Memoriale e. V.
- Schicksalsaufklärung Müritzkreis nach 1945/Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 - 1950 e. V.
- Selbsthilfegruppe „Stasiopfer“ Stralsund
- Stasi-Haftanstalt Töpferstraße, Neustrelitz e. V.
- Über die Ostsee in die Freiheit e. V.
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS)

Die Vertreter dieser Vereine und Aufarbeitungsinitiativen trafen sich auch 2014 regelmäßig in den Räumen der Landesbeauftragtenbehörde zum Erfahrungsaustausch. Thematisiert wurden Möglichkeiten der Verbesserung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und Probleme der Aufarbeitung politischen Unrechts. Gemeinsame Veranstaltungen wurden geplant.

Wichtige Themen bei den Treffen waren in diesem Berichtsjahr natürlich die verschiedenen Projekte und Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989. Vertreter aus allen Vereinen und Verbänden organisierten Veranstaltungen in den unterschiedlichsten Formaten und nahmen an den Fest- und Gedenkveranstaltungen anderer Veranstalter oder Kooperationspartner teil. Die Veranstaltungen zu den Ereignissen im Herbst 1989, zu den Demonstrationen, den Besetzungen der Stasi-Zentralen und dem Stopp der Vernichtung der Geheimdienstunterlagen, stießen überall im Land auf große Resonanz.

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes unterstützte auch im Berichtsjahr 2014 die Arbeit der Verbände und Initiativen im Land und beteiligte sich bei den verschiedenen Vorhaben als Mitveranstalterin oder nahm als Gast oder Referentin an zahlreichen Veranstaltungen der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen teil.

Mit zweiundzwanzig Vertretern der Vereine und Aufarbeitungsinitiativen war das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern beim diesjährigen 18. Bundeskongress vom 25. bis 27. April 2014 in Dresden vertreten. Einzelne Vertreter der Vereine und Verbände stellten sich während des Kongresses für ein Filminterview zur Verfügung und sprachen als Zeitzeugen über ihre Verfolgungserfahrung in der DDR und ihre Eindrücke zur Friedlichen Revolution 1989.

Zusammenarbeit mit der Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Die Mitglieder der Konferenz der Landesbeauftragten treffen sich einmal im Monat. In regelmäßigen Abständen nimmt an der Konferenz der Landesbeauftragten auch der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn teil.

Themen der LStU-Konferenz im Berichtsjahr 2014 waren u. a. die Forderungen zur Verbesserung der Rehabilitierungsleistungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen. Problematisch ist nach wie vor die Anerkennung gesundheitlicher Störungen nach politischer Verfolgung, diskutiert wurde auch die aktuelle Forschung zur Haft-Zwangarbeit und die Situation der Anlauf- und Beratungsstellen für ehemalige Heimkinder in den jeweiligen Bundesländern. Ein wichtiger Punkt in der Arbeit der Konferenz der Landesbeauftragten und der Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur war wieder die Organisation und Durchführung des 18. Bundeskongresses der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen, der vom 25. bis 27. April 2014 in Dresden durchgeführt wurde.

Die Landesbeauftragten waren auch auf dem Tag der Deutschen Einheit in Hannover mit einem gemeinsamen Informationsstand vertreten.

Die Fachtagung im Rahmen der Gulag-Ausstellung „Bis ins vierte Glied. Transgenerationale Traumaweitergabe“ am 16. Oktober 2014 in Schwerin konnte als Kooperationsveranstaltung zusammen mit dem Berliner Landesbeauftragten durchgeführt werden.

Zusammenarbeit mit den Außenstellen des Bundesbeauftragten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin

Durch verschiedene Projekte, Veranstaltungen und die Forschungsarbeit sind die Außenstellen und die Landesbeauftragteneinrichtung thematisch miteinander verbunden. Die konkrete Zusammenarbeit mit den drei Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern erstreckte sich im Berichtszeitraum über verschiedene gemeinsam geplante und durchgeführte Veranstaltungen hinaus (siehe Tabelle 4 im Anhang) auch auf die gemeinsamen Beratungstage im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Regelmäßig nimmt ein Vertreter der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an den Sitzungen der Konferenz der Landesbeauftragten teil. Ausgetauscht wird sich hierbei zu den jeweiligen thematischen Schwerpunkten in der Arbeit der Landesbeauftragten und der Bundesstiftung und es werden gemeinsame Projekte und Veranstaltungen geplant.

Gemeinsam wird auch der jährlich stattfindende Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vorbereitet und finanziert, der im Berichtsjahr zum 18. Mal veranstaltet wurde.

Die Bundesstiftung hat die Landesbeauftragte darüber hinaus auch finanziell unterstützt bei der Fachtagung im Rahmen der Gulag-Ausstellung „Eingesperrt und ausgeschlossen: ‚Der Gulag und das Jahrhundert der Lager‘“, die am 18. Juli 2014 in Schwerin durchgeführt wurde.

Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und dem Verein Politische Memoriale e. V.

Ein wichtiger Themenschwerpunkt in der bewährten engen Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung war im Berichtsjahr 2014 natürlich die Friedliche Revolution 1989. Gleich mit Jahresbeginn begannen Absprachen und Planung für zahlreiche gemeinsam gestaltete und geförderte Projekte. Eine Übersicht zu den Veranstaltungen wird in Tabelle 4 im Anhang gegeben.

Große Unterstützung erfuhr die Landesbeauftragte seitens der Landeszentrale für politische Bildung im Zusammenhang mit der Gulag-Ausstellung und dem umfangreichen Rahmenprogramm während der gesamten Ausstellungsdauer.

Ein weiteres bewährtes und wichtiges gemeinsames Projekt beider Institutionen war im Berichtsjahr 2014 der Bildungsbus „Demokratie auf Achse“.

Gemeinsam mit dem Verein Politische Memoriale e. V. und der Landeszentrale für politische Bildung M-V wurden im Berichtszeitraum 2014 verschiedene Veranstaltungen und Projekte durchgeführt. Das 12. Bützower Häftlingstreffen wurde auch 2014 wieder gemeinsam durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, den Verein Politische Memoriale e. V., die Landeszentrale für politische Bildung M-V, die Stadt Bützow und die Landesbeauftragte vorbereitet und thematisierte die Friedliche Revolution und den gesellschaftlichen Transformationsprozess 1989/1990 in Deutschland.

6. Anhang mit Anlagen, Grafiken und Tabellen

Anlage 1

Stellungnahme zum erweiterten Berichterstattergespräch im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages: Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR, BT-Drucksache 18/3120, am 24. November 2014⁴⁶

Die Bundesregierung schlägt mit ihrem Gesetzentwurf eines Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR eine Erhöhung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer (§ 17a StrRehaG) von 250 auf 300 Euro und der Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG § 8) von 184 auf 214 bzw. für Verfolgte, die Rente aus gesetzlicher Rentenversicherung aus eigener Versicherung beziehen, von 123 auf 153 Euro vor. Damit wird eine Forderung aus dem Koalitionsvertrag vom November 2013 umgesetzt.

Mit dieser erstmaligen Erhöhung der Besonderen Zuwendung seit 01.09.2007 bzw. der Ausgleichsleistungen seit 31.12.2003 werden die Beträge an die seitdem gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst.

Dieser Vorschlag ist zu begrüßen.

In meiner Arbeit bei der Landesbeauftragten für M-V für die Stasi-Unterlagen, der Begleitung und Beratung von Betroffenen politischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, habe ich die Erfahrung gemacht, dass viele Betroffene auch heute noch unter den Folgen der Repression leiden. Viele Betroffene sind seelisch beeinträchtigt und leiden unter den belastenden Erinnerungen mit Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Viele Betroffene haben nach der Verfolgung beruflich nicht mehr Fuß fassen können. Viele Betroffene leben in materiell schwierigen Verhältnissen. Viele Betroffene fühlen sich sozial und gesellschaftlich an den Rand gedrängt.

Die Besondere Zuwendung für Haftopfer und die Ausgleichsleistungen nach beruflicher Rehabilitation tragen als regelmäßige monatliche Leistungen nachhaltig zur Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Betroffenen bei. Sie werden m. E. überdies von vielen Betroffenen auch als ein Zeichen der Wertschätzung und Würdigung ihres Verfolgungsschicksals verstanden. Bei der Debatte zur Einführung der Besonderen Zuwendung war auch oft der Begriff der Ehrenpension oder Ehrenrente genannt worden, den ich im Übrigen für zutreffender halte als den zumeist verwendeten Begriff der „Opferrente“. Die Bezeichnung als Opfer empfinden viele Betroffene politischer Repression als Stigmatisierung. Der Opferbegriff unterschlägt die Autonomie als handelndes Subjekt im widerständigen Verhalten gegen die Diktatur als Ursache für die Verfolgung. Der Untergang der SED-Diktatur, die Wiedervereinigung, das Leben in einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung ist ohne diesen Widerstand nicht zu denken und sollte eine entsprechende gesellschaftliche Würdigung erfahren. Die Besondere Zuwendung für Haftopfer und die Ausgleichsleistungen sind materieller Ausdruck dieser Würdigung, sie tragen zu einer gesellschaftlichen Befriedung bei und erfüllen ihren Zweck bei der Milderung der Repressionsfolgen.

⁴⁶ Stellungnahme des Stellvertretenden Landesbeauftragten Burkhard Bley.

Viele Betroffene verfolgen aufmerksam den Werdegang der ab Januar 2015 geplanten Erhöhung der Leistungen seit dem Koalitionsvertrag im November 2013, der Vorstellung des Gesetzentwurfes durch den Bundesjustizminister Maas im Mai 2014, dem zustimmenden Beschluss des Bundeskabinetts im Oktober 2014, der Zustimmung des Bundesrats und der Aussprache im Bundestag im November 2014. Im Sinne der Betroffenen ist daher zu wünschen, dass der Vorschlag der Bundesregierung schnell umgesetzt wird. Eine Verzögerung der von vielen Betroffenen wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten als überfällig angesehene Anpassung der Leistungen wäre schwer zu vermitteln und würde auch der beschriebenen Intention der Würdigung und Befriedung schaden. Daneben ist zu begrüßen, dass sich der Bundesrat dafür einsetzt, dass die Erhöhung der Leistungen von den Betroffenen nicht neu beantragt werden muss, sondern von Amts wegen umgesetzt werden soll.

An die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen mit dem Aufgabenschwerpunkt der psychosozialen Beratung wenden sich Bürger, die in der DDR und der Sowjetischen Besatzungszone Leid, Unrecht und Verfolgung erfahren haben, die ihr eigenes oder das Schicksal von Angehörigen aufarbeiten und aufklären möchten. Dabei erlebe ich in der Beratung und Begleitung von Betroffenen bei den Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverfahren, dass nicht Wenige bitteres Unrecht erlebt haben, für das es keine oder nur unzureichende Regelungen der Wiedergutmachung und Entschädigung gibt. Oft wird dann von den Betroffenen auf die recht komfortablen Renten der ehemaligen Systemträger der SED-Diktatur verwiesen. Auf die Frage nach den Gründen kann ich lediglich auf den Gesetzgeber verweisen und mutmaßen, dass finanzielle Erwägungen eine Rolle spielen oder bestimmte Verfolgungstatbestände als Allgemeinschicksal bzw. als nicht grob rechtsstaatswidrig oder nicht als Systemunrecht angesehen werden. Das Prozedere und die Dauer der Verfahren werden von vielen Betroffenen als entwürdigend empfunden. Nicht selten werden Betroffene retraumatisiert.

Im Namen der Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur hat die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern Anne Drescher mit Schreiben vom 9. November 2013 an die Fraktionen des neu gewählten 18. Bundestages Vorschläge für eine Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und des Bundesversorgungsgesetzes unterbreitet.

Die Vorschläge der Konferenz decken sich mit den von mir in der Beratungsarbeit gemachten Erfahrungen. Daher möchte ich die vorgeschlagenen Regelungen kurz vorstellen:

1. Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (I. SED-UnBerG - StrRehaG)

Die Konferenz plädiert für eine regelmäßige Anpassung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer als Inflationsausgleich.

Haftopfer mit unter 180 Tagen rehabilitierter Haftzeit bekommen die Besondere Zuwendung nicht. Sie können bei Bedürftigkeit Unterstützungsleistungen von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge erhalten. Ein Jahr nach Leistungsgewährung können sie die Unterstützungsleistungen erneut beantragen. Dafür sollten der Stiftung ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

2. Berufliches und Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (II. SED-UnBerG - BerRehaG, VwRehaG)

Die Ausgleichsleistungen nach §8 BerRehaG sollten ohne Unterscheidung zwischen Erwerbstätigen und Rentnern auf einheitlich mindestens 200 Euro erhöht und ebenfalls regelmäßig als Inflationsausgleich angepasst werden. Die vorausgesetzte Mindestverfolgungszeit für den Bezug der Ausgleichsleistungen soll von drei auf zwei Jahre verringert werden. Die Gruppe der bisher vom Bezug der Ausgleichsleistungen ausgeschlossenen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz anerkannt Verfolgten Schüler sollen Zugang zu Ausgleichsleistungen erhalten.

Die bisher von regelmäßigen Leistungen ausgeschlossenen Verfolgten Gruppen der Zwangsausgesiedelten und der Opfer von Zersetzungsmaßnahmen des MfS sollen ebenfalls die in das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz neu aufzunehmenden Ausgleichsleistungen entsprechend dem § 8 BerRehaG erhalten.

Für Opfer von Zersetzungsmaßnahmen des MfS soll ein zu rehabilitierender Regeltatbestand eingeführt werden bei einer mindestens zwei Jahren andauernden Verfolgung durch Operative Vorgänge aufgrund eines politischen DDR-Strafparagraphen. Abweichend vom territorialen Bezug der Verfolgung in den Rehabilitierungsgesetzen im Beitrittsgebiet, sollen Betroffene Ausgleichsleistungen auch dann erhalten können, wenn sie vom MfS auch außerhalb der DDR verfolgt wurden.

3. Bundesversorgungsgesetz

Im Koalitionsvertrag ist eine Verbesserung bei der Begutachtung von SED-Haftopfern zur Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden für Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz vorgesehen. Sowohl aufgrund der Beratungspraxis als auch belegt durch Studien⁴⁷ kann festgestellt werden, dass viele ehemalige politisch Verfolgte ihren Anspruch auf Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz in Verbindung mit den Rehabilitierungsgesetzen nicht wahrnehmen. Die geringe Zahl der Anerkennungen⁴⁸ steht im Gegensatz zu dem z. B. aufgrund der Haftbedingungen in der DDR zu erwartenden hohen Anteil von ehemaligen politischen Häftlingen, die unter schweren gesundheitlichen Folgen leiden. 60 Prozent der politisch Inhaftierten leiden lebenslang an den Symptomen einer Posttraumatischen Belastungsstörung.⁴⁹ Die Konferenz fordert, in das Gesetz eine unwiderlegliche Tatsachenvermutung aufzunehmen, dass politische Haft in der DDR von mindestens einem Jahr zu einem Grad der Schädigungsfolgen von 30 Prozent als Voraussetzung für einen Leistungsbezug geführt hat (sog. Bautzen-Beweis).

⁴⁷ Plogstedt, Sibylle: „Knastmauke. Das Schicksal von DDR-Häftlingen nach der deutschen Wiedervereinigung“, Gießen 2010

Gäbler, Ira; Maercker, Andreas; Schützwohl, Matthias: Langzeitfolgen politischer Inhaftierungen in der DDR. Eine Folgestudie zur Dresdner Untersuchung. Zürich o.J.

Schulze, Carola (Hrsg.): „Die Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden - kritische Situationsbeschreibung und Erörterung von Lösungsmöglichkeiten“ Berlin, 2010

⁴⁸ Unterrichtung durch die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Jahresbericht 2012, S. 7 - http://www.landesbeauftragter.de/fileadmin/user_upload/downloads/jahresberichte/Taetigkeitsbericht_2012.pdf

⁴⁹ Maercker, Andreas; Schützwohl, Matthias: Long-term effects of political imprisonment: a group comparison study. siehe: <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/9409158>

Neben den großen Schwierigkeiten bei der Beweisführung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen schädigendem Ereignis und Folgeschaden und den daher oft unzureichenden Erfolgsaussichten schrecken Betroffene insbesondere vor der mehrjährigen Verfahrensdauer und den Belastungen des Verfahrens durch unsensibel formulierte Verwaltungsbescheide oder stundenlange psychische Begutachtungen und Befragungen zurück, die nicht selten zu Re-traumatisierungen führen.

Vor allem in der Frage von Begutachtungen konnten geforderte Festlegungen von Mindeststandards an die Gutachter wie Kenntnisse des Forschungsstands in der Psychotraumatologie, über Lebensverhältnisse, Repression und Haftbedingungen in DDR sowie an die Begutachtungssituation nicht umgesetzt werden.

Ergänzend zu den Vorschlägen der Konferenz möchte ich anregen, die bis 31.12.2019 vorge-sehene Befristung der Rehabilitierungsgesetze aufzuheben. Viele Betroffene haben noch nicht die Kraft gefunden, entsprechende Anträge zu stellen, da die Aufarbeitung des eigenen Ver-folgungsschicksals mit schmerzlichsten Erinnerungen verbunden ist.

Ich würde mir sehr wünschen, dass Sie, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, diese Vor-schläge aufgreifen und in einem angemessenen Zeitrahmen für eine weitere Verbesserung der Wiedergutmachungsregelungen für Betroffene politischer Repression in der DDR und der sowjetischen Besatzungszone sorgen.

Anlage 2**Erklärung zum Umgang mit ehemaligen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MfS im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur**

Auch 25 Jahre nach der Wende ist und bleibt es eine wichtige Aufgabe, sich kritisch mit der Geschichte der DDR sowie ihren Staatsorganen auseinanderzusetzen. Dies ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Sicherung und Beförderung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in der Gegenwart, sondern vor allem auch ein unverzichtbarer Bestandteil bei der Aufarbeitung des vielen Menschen widerfahrenen Unrechts.

Ein demokratisches Gemeinwesen ist dabei darauf ausgerichtet, Menschen zu integrieren und nicht auszugrenzen. Dies betrifft auch diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich eines aus heutiger Sicht erkennbaren Fehlverhaltens schuldig gemacht haben.

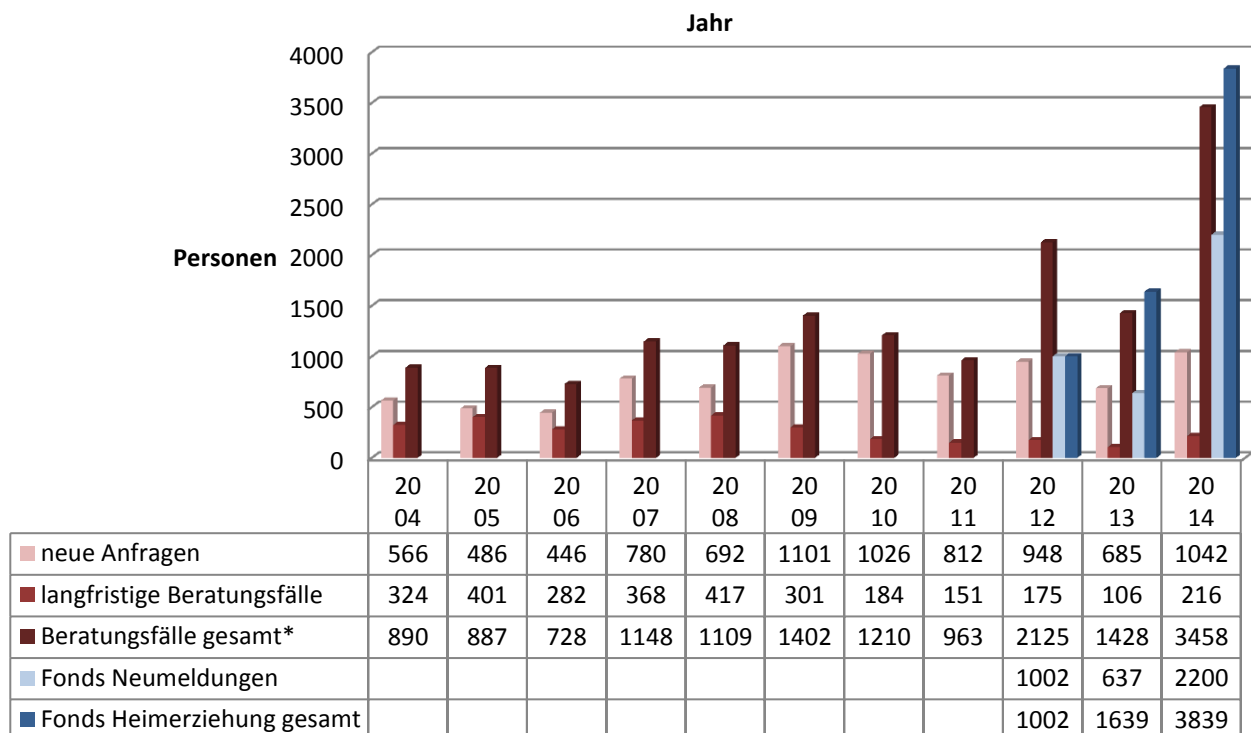
Voraussetzung für die ehrenamtliche Tätigkeit in einem Beirat, der den Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur in fachlichen Fragen berät und von ihm berufen wird, ist jedoch die persönliche und auch öffentliche kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, insbesondere gegenüber den Opfern politischer Verfolgungen.

Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zur dauerhaften Befriedung der demokratischen Gesellschaft.

Schwerin, den 10. Oktober 2014

Mathias Brodkorb, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen⁵⁰

⁵⁰ http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=133880.

Grafik 1: Beratung bei der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 2004 bis 2014

*) Zahl setzt sich zusammen aus: neue Anfragen, langfristige Beratungsfälle, Fonds Heimerziehung Neumeldungen.

Tabelle 1: Antragszahlen in den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2014 (nachrichtlich, ohne Anträge auf Decknamenentschlüsselung und Kopien)

Außenstelle	Erstanträge	Wiederholungsanträge	Anträge gesamt
Neubrandenburg	1.229	512	1.741
Rostock	1.898	687	2.585
Schwerin	1.708	617	2.325
M-V			6.651

Tabelle 2: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz

Jahr	Bund		Mecklenburg-Vorpommern	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2014	3.716	6.381.550,00 €	365	642.950,00 €
2013	3.769	6.766.750,00 €	380	690.850,00 €
2012	3.784	7.187.200,00 €	380	737.700,00 €
2011	3.435	6.906.400,00 €	343	681.750,00 €
2010	3.582	7.384.400,00 €	378	776.550,00 €
2009	3.414	7.307.850,00 €	369	763.650,00 €
2008	4.560	9.187.400,00 €	313	606.800,00 €
2007	5.883	11.612.700,00 €	426	854.150,00 €
2006	6.347	11.779.950,00 €	416	809.250,00 €
2005	5.513	10.167.500,00 €	395	840.050,00 €
2004	5.352	10.496.900,00 €	352	777.400,00 €
2003	5.617	11.652.350,00 €	369	842.150,00 €
2002	5.271	13.172.514,50 €	359	974.450,00 €
2001	4.001	19.996.206,00 DM	222	1.222.100,00 DM
2000	3.307	17.342.500,00 DM	202	1.170.400,00 DM
1999	2.316	11.000.000,00 DM	94	453.200,00 DM

Tabelle 3: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG)*

Jahr	Bund	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2014	4.364	2.275.100,00 €
2013	5.107	2.647.100,00 €
2012	4.593	2.408.850,00 €
2011	4.194	2.249.550,00 €
2010	3.980	2.498.050,00 €
2009	2.522	2.650.000,00 €
2008	1.562	1.699.150,00 €
2007	1.264	1.249.700,00 €
2006	1.571	1.500.950,00 €
2005	1.711	1.978.600,00 €
2004	1.765	3.650.050,00 €
2003	1.513	2.544.300,00 €
2002	1.557	3.153.700,00 €
2001	945	2.999.700,00 DM
2000	514	1.499.900,00 DM
1999	428	835.900,00 DM

*Keine Aufschlüsselung nach Ländern verfügbar

Tabelle 4: Veranstaltungen

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
16.01.2014	Schwerin	Waldorfschule Schwerin	Projektunterricht	Gulag
28.01.2014	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V	Buchvorstellung und Gespräch	Das DDR-Grenzregime
30.01.2014	Rühn		Filmvorführung und Gespräch	Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen
05.02.2014	Rostock	BStU, Außenstelle Rostock	Ausstellungseröffnung	Ziel: Umerziehung. Zur Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR
16.02.2014	Rostock	Kunsthalle Rostock	Ausstellungseröffnung	Bilder machen Schule
18.02.2014	Neustrelitz	Alte Kachelofenfabrik	Buchvorstellung und Gespräch	Die Zeitung „Freie Erde“ (1952 bis 1990)
21.02.2014	Salem	Arbeitsgemeinschaft Tage Ethischer Orientierung	Workshop „TEO - Tage Ethischer Orientierung“	Bis ins vierte Glied. Traumata aus der DDR-Zeit und ihre Auswirkungen
22.02.2014	Schlagsdorf	Grenzhuis Schlagsdorf	Buchvorstellung und Gespräch	Das DDR-Grenzregime
24.02.2014	Magdeburg	LStU-Konferenz	Fachtagung	SED-Verfolgte und das Menschenrecht auf Gesundheit
02.03.2014	Hof Trebbow	Förderverein Dorfkirche Groß Trebbow e. V.	Vortrag	Workuta
04.03.2014	Stralsund	BStU, Außenstelle Rostock Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen	Ausstellungseröffnung	Ziel: Umerziehung. Zur Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR
10.03.2014	Schwerin	Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen Schwerin	Vortrag und Gespräch	Selbsthilfegruppe „Politische Häftlinge der DDR“
14.03.2014	Leipzig	Bürgerkomitee Leipzig e. V., Träger der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“	Buchvorstellung und Gespräch	Leipzig liest. Leipziger Buchmesse
21.03.2014	Greifswald	Pommerscher Evangelischer Kirchenkreis	Workshop	Aufarbeitung der Geschichte
31.03.2014	Rostock	Lichtspieltheater Wundervoll	Filmvorführung und Gespräch	Frage und Antwort 2013. Ein filmisches Interview mit dem Lyriker Reiner Kunze
08.04.2014	Demmin	Stadtbibliothek Demmin	Filmvorführung und Gespräch	Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen
10.04.2014	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V, Dokumentationszentrum Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau	Ausstellungseröffnung	Ziel: Umerziehung. Zur Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR
24.04.2014	Rostock	BStU, Außenstelle Rostock Thomas-Morus-Bildungswerk Schwerin	Buchvorstellung und Gespräch	Stasi und Studentengemeinde
25.04.2014	Dresden	Konferenz der Landesbeauftragten Bundesstiftung Aufarbeitung	Bundeskongress	Zeitenwende 1989. Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
29.04.2014	Grevesmühlen	BStU, Außenstelle Rostock Stadt Grevesmühlen	Buchvorstellung und Gespräch	Das DDR-Grenzregime im Kreis Grevesmühlen und die Stasi
10.05.2014	Schlagsdorf	Landeszentrale für politische Bildung M-V Amt für das Biosphärenreservat, Domgemeinde Ratzeburg, Evang.-Luth. Kirchgemeinde Schlagsdorf, Gemeinden Schlagsdorf und Utecht	Tagung und Gedenkveranstaltung	Erinnerungstag - Zwangsaussiedlungen und geschleifte Dörfer zwischen Ostsee und Elbe
22.05.2014	Schwerin	Schleswig-Holstein-Haus Osburg Verlag	Buchvorstellung und Gespräch	Sonja „negativ-dekadent“. Eine rebellische Jugend in der DDR
22.05.2014	Neubrandenburg	Landeszentrale für politische Bildung M-V	Buchvorstellung und Gespräch	„Lager in Neubrandenburg-Fünfeichen 1939–1948“
30.05.2014	Karlsruhe	Lagergemeinschaft Workuta	Tagung	Jahrestreffen Lagergemeinschaft Workuta
03.06.2014	Marienborn	Institut für Diktatur-Folgen-Beratung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn Bundesstiftung Aufarbeitung	Fachtag	Die Auswirkungen von Traumatisierungen durch politische Verfolgung in der DDR
04.06.2014	Stralsund	Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Greifswald am HELIOS Hanseklinikum Stralsund	Weiterbildung mit Filmvorführung, Vortrag und Gespräch	Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen
05.06.2014	Anklam	DemokratieLaden Anklam	Buchvorstellung und Gespräch	Das DDR-Grenzregime
17.06.2014	Stralsund	Selbsthilfegruppe Stasi-Opfer Stralsund	Gedenkveranstaltung	17. Juni 1953
17.06.- 31.07.2014	Schlagsdorf	Grenzhuis Schlagsdorf	Ausstellung	Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90
21.06.2014	Schwerin	Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der HELIOS Kliniken Schwerin	Symposium	Ostdeutsche Identitäten – Versuch einer Standortbestimmung 25 Jahre nach dem Mauerfall
21.06.- 22.06.2014	Neustrelitz	Land M-V	MV-Tag 2014 Ausstellung	Präsentation „Demokratie auf Achse“/Beratungstag/„Aufbruch im Norden“
02.07.- 06.07.2014	Herrnburg, Groß Thurow, Zarrentin, Boizenburg, Hitzacker, Dömitz	Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), Bezirksgruppe Hamburg Landeszentrale für politische Bildung M-V	Radtour	Mit dem Rad die Geschichte der deutschen Teilung erfahren
03.07.2014	Zarrentin	Amt für das Biosphärenreservat Schaalsee	Buchvorstellung und Gespräch	Das DDR-Grenzregime
04.07.2014	Malchow	Schicksalsaufarbeitung Müritzkreis nach 1945	Gedenkveranstaltung	Jahrestreffen zum Gedenken an die jugendlichen Opfer der „Malchower Werwolftragödie“
10.07.2014	Schwerin	Schulamtschwerin	Schüler-Schreibwerkstatt	Geschichtspfad Freiheit Schwerin
15.07.2014	Schwerin	Landespressekonferenz	Pressekonferenz	Ausstellung Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 - 1956

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
17.07.2014	Schwerin	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern	Ausstellungseröffnung	Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 - 1956.
18.07.2014 -24.10.2014	Schwerin	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V, Stiftung Sparkasse M-V, Landeszentrale für politische Bildung, NDR	Ausstellung	Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 - 1956. Ausstellung der Gesellschaft „Memorial“, Moskau und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
18.07.2014	Schwerin	Stiftung Aufarbeitung	Fachtagung	Begleitprogramm der Gulag-Ausstellung: Eingesperrt und ausgeschlossen: Der Gulag und das „Jahrhundert der Lager“
02.08.2014	Kneese	Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)	Gedenkveranstaltung	Gedenkveranstaltung für Grenzopfer
14.08.2014	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V Konrad-Adenauer-Stiftung	Lesung und Gespräch	Begleitprogramm der Gulag-ausstellung: Dr. Andreas Petersen: „Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren. Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris“
28.08.2014	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V Konrad-Adenauer-Stiftung	Vortrag und Gespräch	Begleitprogramm der Gulag-Ausstellung: Dr. Jörg Morré: „Gulag auf deutschem Boden? Die Speziallager des NKWD“ Dr. Andreas Hilger: „Stalins Rache? Deutsche in sowjetischen Lagern 1941-1956“
01.09.- 16.09.2014	Stavenhagen	BStU, Außenstelle Neubrandenburg Stadtbibliothek Stavenhagen	Ausstellung	Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90
04.09.2014	Schwerin	Institut für Qualitätsentwicklung M-V	Lehrerfortbildung	Begleitprogramm der Gulag-Ausstellung: Lehrerfortbildung zum Thema Gulag
05.09.2014	Schwerin	Gegen Vergessen. Für Demokratie e. V. St. Paulsgemeinde Schwerin	Konzert und Lesung	Begleitprogramm der Gulag-Ausstellung: Pianist Jascha Nemtsov spielt Werke des veremten Komponisten Vsevolod Zaderatsky Ute Kämpfer liest aus Werken von Anna Achmatowa und Warlam Schalamow
11.09.2014	Schwerin	Friedrich-Ebert-Stiftung	Lesung	Begleitprogramm der Gulag-Ausstellung: Sergej Lochthofen: „Schwarzes Eis. Der Lebensroman meines Vaters“
25.09.2014	Schwerin	Friedrich-Ebert-Stiftung	Buchvorstellung und Zeitzeugengespräch	Begleitprogramm der Gulag-Ausstellung: Dr. Meinhard Stark: „Gulag-Kinder. Die vergessenen Opfer“
27.09.2014	Schwerin	Domgemeinde	Texte und Orgelmusik	Begleitprogramm der Gulag-Ausstellung: Lesung aus Solschenizyn „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
28.- 30.09.2014	Bützow	Friedrich-Ebert-Stiftung Landeszentrale für politische Bildung M-V Politische Memoriale e. V. Stadt Bützow	Tagung	12. Bützower Häftlingstreffen „1989 - von der Diktatur zur Demokratie in der DDR“
02.- 03.10.2014	Hannover	LStU-Konferenz	Information und Beratung zum Tag der Deutschen Einheit	Zentrale Feier zum Tag der Deutschen Einheit
06.10.2014	Lübz	Eldenburg-Gymnasium	Schülerprojektpräsen- tation, Lesung und Gespräch	Mit dem Rad die Geschichte der deutschen Teilung erfahren/ Das DDR-Grenzregime
09.10.2014	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V, Dokumentationszentrum	Buchvorstellung mit Filmvorführung	Begleitprogramm der Gulag- Ausstellung: Natalja Jeske: „Lager in Neubrandenburg- Fünfeichen 1939–1948“
12.10.2014	Schwerin		Filmvorführung	Begleitprogramm der Gulag- Ausstellung: „Mitten im Sturm“
15.10.2014	Schwerin		Filmvorführung	Begleitprogramm der Gulag- Ausstellung: „Mitten im Sturm“
16.10.2014	Schwerin	LStU Berlin	Fachtagung	Begleitprogramm der Gulag- Ausstellung: Bis ins vierte Glied - Transgenerationale Traumaweitergabe
16.10.2014	Schwerin	LStU Berlin	Filmvorführung und Gespräch	Begleitprogramm der Gulag- Ausstellung: Loretta Walz: „Im Schatten des Gulag. Als Deutsche unter Stalin geboren“
19.10.2014	Schwaan	Stadt Schwaan	Festveranstal- tung	25 Jahre Friedliche Revolution in Schwaan
23.10.2014	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V, NDR, Außenstelle Schwerin des BStU, Dom- und St. Paulsgemeinde Schwerin, Neues Forum Schwerin	Festveranstaltung zur Erinnerung an den 23. Oktober 1989 in Schwerin	Die Friedliche Revolution 1989
26.10.2014	Schwerin		Filmvorführung	Begleitprogramm der Gulag- Ausstellung: „Mitten im Sturm“
27.10.2014	Grimmen	Bürger-Medien-Initiative Vorpommern-Grimmen	Ausstellungs- und Festwoche	Geschichten gegen das Vergessen: Die DDR, der Herbst 1989 und die Folgezeit im ehemaligen Kreis Grimmen
27.10.- 02.11.2014	Grimmen	Bürger-Medien-Initiative Vorpommern-Grimmen	Ausstellung	Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90
28.10.2014	Anklam	DemokratieLaden Anklam	Buchvorstellung und Gespräch	Die Zeitung „Freie Erde“ (1952 bis 1990)
29.10.2014	Neubran- denburg	BStU, Außenstelle Neubrandenburg	Buchvorstellung und Gespräch	Das DDR-Grenzregime
04.11.- 28.11.2014	Neustrelitz	Stadt Neustrelitz	Ausstellungseröffnung Ausstellung	Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90
05.11.2014	Schwerin	Neues Forum Schwerin	Filmvorführung und Gespräch	Frage und Antwort 2013. Ein filmisches Interview mit dem Lyriker Reiner Kunze

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
08.11.2014	Kneese		Gedenkveranstaltung	Kranzniederlegung am Gedenkort für Grenzopfer Harry Weltzin
09.11.2014	Schwerin	Landesregierung	Festakt	25 Jahre Friedliche Revolution
14.11.2014	Rostock	Lichtspieltheater Wundervoll	Filmvorführung und Gespräch	An den Rand geschrieben - Rumäniendeutsche Schriftsteller im Fadenkreuz der Securitate
17.11.- 01.12.2014	Malchin	Gymnasium Malchin	Ausstellungseröffnung Ausstellung	Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90
22.11.2014	Schlagsdorf	Landkreis Nordwestmecklenburg	Tagung	„Ein Vierteljahrhundert Grenzöffnung“ - Chronisten beiderseits der ehemaligen Grenze tauschen sich aus.
01.12.2014	Berlin	Bundesstiftung Aufarbeitung	Podiumsdiskussion	Rehabilitiert und entschädigt (?) – 20 Jahre Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz
02.12.2014	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V	Buchvorstellung und Gespräch	Frauen der Friedlichen Revolution 1989.
03.12.2014	Stralsund	Selbsthilfegruppe Stasi- Opfer Stralsund	Gedenkveranstaltung	25 Jahre Besetzung der Stasi-Kreisdienststelle Stralsund
04.12.2014	Greifswald	Landeszentrale für politische Bildung M-V, Bürgerhafen Greifswald, Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V., Juristische Studiengesellschaft Vorpommern e. V., Bürgerstiftung Vorpommern	Tagung	25 Jahre Friedliche Revolution in Greifswald
08.12.2014	Neubranden- burg	Kino Latücht	Filmpremiere	Der Herbst '89 in Neubrandenburg - Zeitzeugen berichten
21.12.2014	Güstrow	Stadt Güstrow	Gedenkveranstaltung	Einweihung des neuen Gedenksteins vor der ehemaligen Stasi-Kreisdienststelle für die Opfer der Gewalttat vom 21.12.1984

Tabelle 5: Das Projekt „Demokratie auf Achse“ in Zahlen

Jahresvergleich	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	insgesamt
Projekttag an Schulen & Bildungseinrichtungen	34	44	41	54	58	48	52	331
Besuchte öffentliche Plätze	32	43	41	40	28	26	27	237
Erreichte Schüler	2.300	3.100	2.900	3.800	3.900	2.500	2.500	21.000
Erreichte Bürger	1.200	1.900	1.800	1.600	1.000	1.400	1.900	9.900
Gefahrene Kilometer	7.000	20.000	15.000	20.000	18.000	17.000	20.000	117.000
Gestellte Anträge auf Stasiakten Einsicht	350	600	400	400	250	180	279	2.209

Grafik 2: Besuchte Stationen des Projekt „Demokratie auf Achse“ 2014

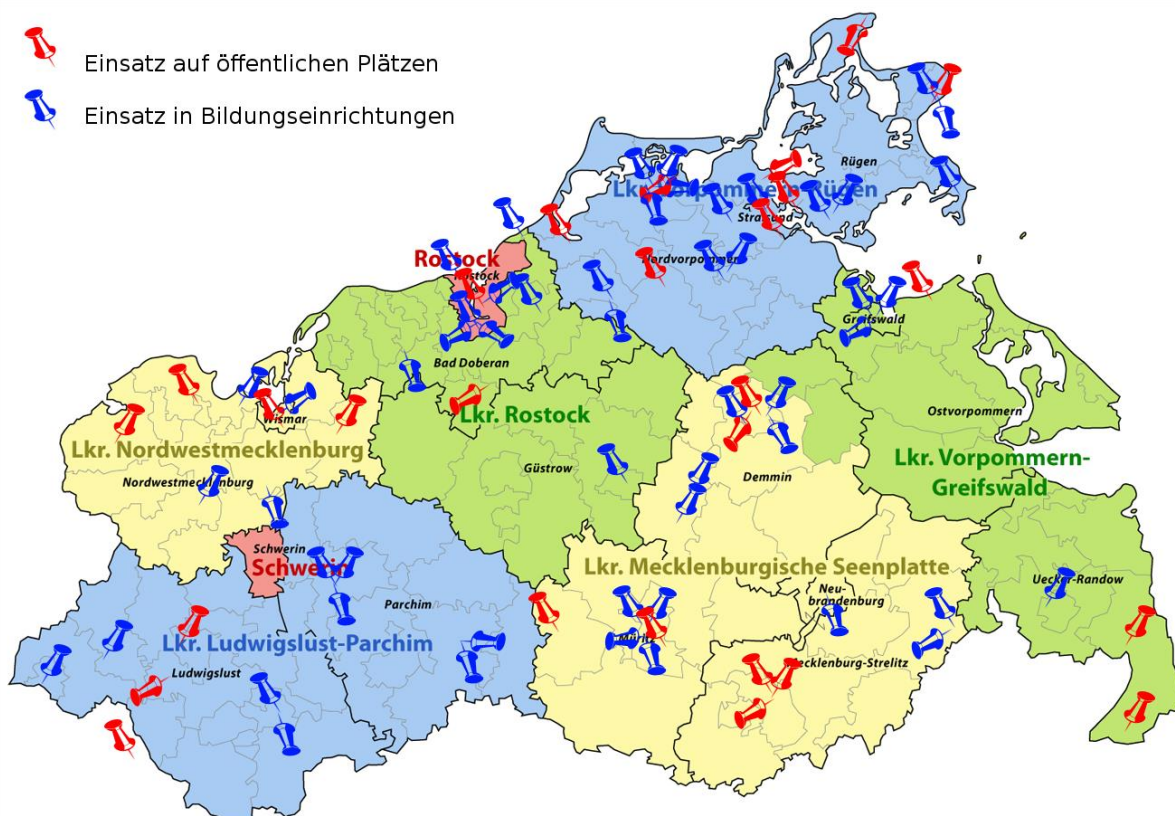


Tabelle 6: Projekttag an Bildungseinrichtungen und Veranstaltungen des Projekts „Demokratie auf Achse“ 2014

Datum	Ort	Institution	Art der Veranstaltung
27.01.2014	Rostock	Borwinschule	Planspiel Gemeindevertretersitzung
28.01.2014	Rostock	Borwinschule	Planspiel Gemeindevertretersitzung
29.01.2014	Ludwigslust	Gymnasium Ludwigslust	Planspiel Akronia
30.01.2014	Ludwigslust	Gymnasium Ludwigslust	Planspiel Wahlen
21.02.2014	Salem	Tagung Norddeutsches Netzwerk Friedenspädagogik	Workshop „Planspiel Wahlen“
04.03.2014	Vellahn	Regionale Schule	Planspiel Akronia
05.03.2014	Boizenburg	Elbe-Gymnasium	Planspiel Wahlen
13.03.2014	Teterow	DRK Mecklenburg- Vorpommern	Planspiel Wahlen
21.03.2014	Schwerin		Projektvorstellung für Pädagogen aus NRW
26.03.2014	Neuhaus	Marktplatz	Beratung
27.03.2014	Lübtheen	Marktplatz	Beratung
01.04.2014	Schönberg	Marktplatz	Beratung
02.04.2014	Neukloster	Marktplatz	Beratung
07.04.2014	Dettmannsdorf	Evangelische Schule	Planspiel Gemeindevertretersitzung
24.04.2014	Woldegk	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
25.04.2014	Woldegk	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
26.04.2014	Wismar	Alter Hafen	Fest der Demokratie
02.05.2014	Proseken	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
06.05.2014	Stralsund	Fachhochschule Stralsund	Projekttag
08.05.2014	Demmin	Berufsschule	Planspiel Wahlen
08.05.2014	Demmin	Marktplatz + Hafen	Friedensfest
09.05.2014	Demmin	Marktplatz	NDR-Tour „Nach 25 Jahren - ein Atlas des Aufbruchs“
14.05.2014	Pasewalk	Berufsschule	Europatag
16.05.2014	Satow	Regionale Schule	Planspiel Gemeindevertretersitzung
19.05.2014	Neubrandenburg	Albert Einstein Gymnasium	Planspiel Akronia
20.05.2014	Garz	Regionale Schule	Planspiel Akronia
21.05.2014	Garz	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
26.05.2014	Graal-Müritz	Greenhouse School	Projekttag Torgau
27.05.2014	Waren	Berufsschule	Europa-Quiz
03.06.2014	Barth	Arbeiter Samariter Bund	Projekttag „Punk in der DDR“
04.06.2014	Lübz	Gymnasium	Planspiel Akronia
05.06.2014	Lübz	Gymnasium	Planspiel Akronia
11.06.2014	Bad Kleinen	Regionale Schule	Planspiel Akronia

Datum	Ort	Institution	Art der Veranstaltung
12.06.2014	Wismar	Ostseeschule Wismar	Planspiel Gemeindevertretersitzung
14.06.2014	Neustrelitz	ehemalige Landesirrenanstalt	Jugendrockfestival
16.06.2014	Greifswald	Berufsschule	Projekttag
17.06.2014	Greifswald	Berufsschule	Planspiel Gemeindevertretersitzung
21.06.2014	Neustrelitz	Innenstadt	Mecklenburg-Vorpommern Tag
22.06.2014	Neustrelitz	Innenstadt	Mecklenburg-Vorpommern Tag
26.06.2014	Demmin	Gymnasium	Planspiel Gemeindevertretersitzung
27.06.2014	Demmin	Gymnasium	Planspiel Gemeindevertretersitzung
30.06.2014	Rövershagen	Europaschule	Planspiel Wahlen
01.07.2014	Dettmannsdorf	Evangelische Schule	Planspiel Akronia
02.07.2014	Hernburg - Groß Thurow		Grenzradtour
03.07.2014	Groß Thurow - Zarrentin		Grenzradtour
04.07.2014	Zarrentin - Boizenburg		Grenzradtour
05.07.2014	Boizenburg - Hitzacker		Grenzradtour
06.07.2014	Hitzacker- Dömitz		Grenzradtour
08.07.2014	Warnemünde	Internationale Schule	Planspiel Akronia
09.07.2014	Mühlen-Eichsen	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
10.07.2014	Fuhlendorf	ASB Bildungszentrum Barth	Planspiel Akronia
13.07.2014	Sassnitz	Rügenplatz	Gemeinsame Bürgerberatung mit dem Infomobil der Lpb Sachsen
14.07.2014	Kap Arkona	Leuchtturm	Gemeinsame Bürgerberatung mit dem Infomobil der Lpb Sachsen
15.07.2014	Altefähr	Hafen	Gemeinsame Bürgerberatung mit dem Infomobil der Lpb Sachsen
12.08.2014	Bad Sülze	Marktplatz	Beratung
13.08.2014	Schwaan	Marktplatz	Beratung
14.08.2014	Ribnitz- Damgarten	Marktplatz	Beratung
20.08.2014	Klütz	Marktplatz	Beratung

Datum	Ort	Institution	Art der Veranstaltung
22.08.2014	Wittenburg	Marktplatz	Beratung
28.08.2014	Rostock	Gesamtschule	Planspiel Wahlen
29.08.2014	Rostock	Gesamtschule	Planspiel Gemeindevertreterversammlung
30.08.2014	Parow	Marinetechnikschule	Tag der offenen Tür
02.09.2014	Sassnitz	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
03.09.2014	Sassnitz	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
04.09.2014	Göhren	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
09.09.2014	Waren	Gymnasium	Planspiel Wahlen
10.09.2014	Waren	Gymnasium	Planspiel Wahlen
11.09.2014	Waren	Gymnasium	Planspiel Wahlen
15.09.2014	Crivitz	Gymnasium	Planspiel Wahlen
16.09.2014	Crivitz	Gymnasium	Planspiel Wahlen
17.09.2014	Crivitz	Gymnasium	Planspiel Wahlen
18.09.2014	Rostock	Messegelände	Jobfactory
19.09.2014	Stralsund	Frankenvorstadt	Stadtteulfest
01.10.2014	Löcknitz	Marktplatz	Beratung
02.10.2014	Penkun	Marktplatz	Beratung
06.10.2014	Niepars	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
09.10.2014	Lubmin	Platz am Alten Bahnhof	Beratung
10.10.2014	Greifswald	Regionale Schule	Planspiel Wahlen
15.10.2014	Malchow	Marktplatz	Beratung
16.10.2014	Waren	Marktplatz	Beratung
29.10.2014	Fuhlendorf	ASB Bildungszentrum Barth	Planspiel Wahlen
30.10.2014	Barth	Marktplatz	Beratung
05.11.2014	Franzburg	Regionale Schule	Planspiel Akronia
06.11.2014	Fuhlendorf	ASB Bildungszentrum Barth	Projekttag „Punk in der DDR“
07.11.2014	Franzburg	Regionale Schule	Planspiel Akronia
09.12.2014	Fuhlendorf	ASB Bildungszentrum Barth	Planspiel Gemeindevertreterversammlung